



Alle zusammen gegen den Faschismus



Mehr zur „Antifa United“-Demo am 20. Januar und weiteren Protesten gegen Rechts findet ihr auf Seite 2 und den folgenden Seiten.

(Bild: Kywy)

Was steckt drin?

Lokal: Antifa stays united • Protestkultur in Aachen	2
Lokal: Was für Brandmauer?	3
Lokal: Eine solidarische Stadtgesellschaft aufbauen! • Ein Luxuswohnheim im Preuswald	4
Lokal: Nazis töten. • Tod in Polizeigewahrsam-Schon wieder	5
Lokal: Das neue Programm der VHS • Ein queerfeindlicher Angriff?	6
Lokal: Hanau ist überall • Die Freie Arbeiter*innen Union • Flachwitz	7
Raum für Kreatives: Cold Comfort	8
Tödlicher Passageversuch via Eurostar • Dumme sterben niemals aus	10
Festung Europa: Das „Ruanda-Modell“ • Gemüse im Kopf	11
Feminismus: Gewalt in der Geburtshilfe	12
Internationalismus: Jung haben wir angefangen und jung werden wir erfolgreich sein! • My Past's Gravity • „Kochen für Alle“ stellt sich vor	13
Technologischer Angriff: Neue Technik, Alte Probleme	14
Klimagerechtigkeit: Überblick zum Stand der „Block Neurath“-Prozesse	15
Horoskop • Kreuzworträtsel • Szene-Glossar	16

Nazis töten.

Was diese Aussage (!) mit Migrationspolitik zu tun hat

Im Jahr 2012 erhielt die EU den Friedensnobelpreis mit der Begründung, sie „habe über mehr als sechs Jahrzehnte zur Förderung von Frieden und Versöhnung, Demokratie und Menschenrechte in Europa“ beigetragen. Das ist längst vorbei. Inzwischen verstößt die EU mit ihrer Asylpolitik massiv gegen Menschenrechte und baut Europa radikal zu einer unüberwindlichen Festung aus. Unterbringung und Versorgung sowie gerechte Asylverfahren, die individuelle Fluchtursachen berücksichtigen, sind und bleiben Menschenrechte – auch wenn sie die Politik vor Herausforderungen stellen. Auf kommunalpolitischer Ebene haben Städte und Kommunen immer wieder konstruktive Lösungsansätze gefunden und viele Bürger*innen zeigen ihre Solidarität durch konkrete Hilfe.

Auf bundespolitischer und EU-Ebene setzt sich allerdings eine menschlich abgestumpfte Haltung und bedenkliche Strategie durch, sich an einer vermeintlich einfachen Lösung zu orientieren: Abschottung und Abschieben – Aus den Augen, aus dem Sinn.

Das Problem wird an die Außengrenzen der EU verlagert und durch meterhohe Zäune in Polen und in Ungarn sowie gewaltsame Push-Backs „gelöst“. Am Mittelmeer sollen alle Asylsuchenden in

Haftlagern an den Außengrenzen interniert werden. In diesen Außenlagern gelten sie als „nicht eingereist“, obwohl sie sich faktisch bereits auf europäischem Boden befinden. In einem Schnellverfahren wird überprüft, ob sie überhaupt einen Asylantrag in der EU stellen dürfen. Ist das nicht der Fall, sollen sie umgehend in ihr Herkunftsland zurückgeschickt werden. Ein gründliches und faires Verfahren mit anwaltlicher Unterstützung ist unter den Haftbedingungen in den Grenzlagern gar nicht möglich. Aber auch die Bundesregierung steht dieser Entwicklung in nichts nach: Das ohnehin menschenunwürdige Asylsystem wird über die Jahre weiter verschärft und unlängst erklärten beispielsweise Olaf Scholz oder Nancy Faeser mehr Abschiebungen zu ihrem persönlichen politischen Anliegen.

Auch wenn die Ampel-Politik und die Polemiken von CDU/CSU nicht mit den Positionen von AfD und anderen Nazis gleichzusetzen sind, bereiten sie doch den Nährboden dafür, dass sich rechtsradikale Positionen in der Gesellschaft ausbreiten und normalisieren. „Demokratie“ allein ist kein Bollwerk gegen Rechtsradikale und rechten Terror. Dafür gibt es genügend historische Belege.

▶▶▶ Weiter auf Seite 5

Ein Luxuswohnheim im Preuswald?!

Die Landmarken AG schafft mit ihrem Konzept des „POHA-House“ im Preuswald ein Symbol für gezielte Verdrängung

Für eine 75 m²-Wohnung im Preuswald 1.910 Euro?! 740 € für ein 12 m²-Zimmer? Seit die Firma Stadtmarken AG im größten Hochhaus des Preuswald ihr Konzept des „POHA-House“ eröffnet hat, sind diese Mietpreise die neue grausame Realität. Die Firma Stadtmarken AG ist eine Tochterfirma der Landmarken AG, über deren schlechten Einfluss auf Aachen wir als Initiative bereits eine Recherche veröffentlicht haben. Die Eröffnung des POHA-House im Preuswald ist nun aber die Spitze der Ekelhaftigkeit. Es steht als Symbol für die Rücksichtslosigkeit, die bei den Besitzenden auf dem Immobilienmarkt vorherrscht.

Bis heute gilt der Preuswald bezüglich des Wohnraums als eine der letzten „Inseln des Bezahlbaren“, wie die Stadt Aachen es nennt. Viele Menschen leben dort, die sonst nirgendwo mehr eine Wohnung finden und dementsprechend besonders auf niedrige Mieten angewiesen sind. Vor 2018 gehörte der größte Wohnungsbestand dem Unternehmen Vonovia. In Kooperation mit der Stadt hatte man Sanierungsarbeiten durchgeführt, welche dazu ausgenutzt wurden, die Mieten stark zu erhöhen. 2018 lag der durchschnittliche Mietpreis trotzdem bei unter 7 € pro Quadratmeter. Die Firma Landmarken AG hat darin die Möglichkeit gesehen, die Anwohner*innen noch mehr auszupressen

und drei der Mehrfamilienhäuser und das große Hochhaus erworben. Weitere Sanierungen und starke Mieterhöhungen waren die Folge. In den Mehrfamilienhäusern liegt die Warmmiete für eine 65 m²-Wohnung mittlerweile bei 870 € (650 € kalt). Also 10 € pro Quadratmeter Kaltmiete – und damit 3 € höher als der Durchschnitt vor fünf Jahren. Dank dieses Vorgehens liegt der durchschnittliche Mietpreis im Preuswald heute bei 9 € pro Quadratmeter.

▶▶▶ Weiter auf Seite 4



EDITORIAL

Es gibt eine Menge gute Gründe auf die Straße zu gehen – Krieg, Polizeigewalt, Rassismus, Klimawandel. Die letzten Monate waren geprägt von einer Menge und Vielfalt an Protesten, wie wir sie lange nicht erlebt haben. Die Deportationspläne der AfD und deren besorgniserregende Umfragewerte haben vielen Menschen aufgezeigt, wie real die Bedrohung des Faschismus ist.

Auf der einen Seite ist das natürlich erfreulich, auf der anderen Seite stellt sich die Frage, warum es so lange gedauert hat. Aber besser spät als nie! Der enorme Zuspruch und der Zusammenhalt gegen Rechts ist ein Mut machendes Zeichen, bei aller Kritik an den Lippenbekenntnissen der Politiker*innen der „Mitte“.

Mittlerweile sollte allen klar sein: Antifaschismus ist das Gebot der Stunde. Dementsprechend liegt auch ein wesentlicher Fokus dieser Ausgabe auf dem Thema. Wir haben eine Reihe von Texten und Redebeiträgen für euch gesammelt, die die Faschisierung und den rassistischen Alltag in

Deutschland aus verschiedenen Perspektiven beleuchten. Sie handeln von rassistischer Polizeigewalt, Abschottung der EU-Außengrenzen, armenfeindlicher Wohnungspolitik und davon, wie die bürgerlichen Parteien dem Faschismus den Weg ebnen. Wir hoffen, damit mehr Menschen zu inspirieren, aktiv zu werden und sich dem Rechtsruck entgegenzustellen.

Aber natürlich haben wir noch eine Menge anderer Themen für euch: So stellen sich zum Beispiel die neu gegründete Jugendkommune, das Cold Comfort Kunstkollektiv und „Kochen für Alle“ euch in dieser Ausgabe vor. Zum Stichwort Kochen gibt es diesmal zusätzlich eine äußerst spannende Abhandlung über die Zwiebel. Außerdem geht es diesmal um künstliche Intelligenz, Repression gegen die Klimagerechtigkeitsbewegung und um Gewalt, der Menschen im Kreissaal ausgesetzt sind. Und natürlich gibt es wieder das allseits beliebte Kreuzworträtsel.

Tacheles Redaktion

Protestkultur in Aachen

Hier findet ihr einige Kurzmeldungen zu Protestaktionen in und um Aachen, von denen wir mitbekommen haben und die wir nennenswert finden. Wenn ihr etwas verbrochen habt und es hier auftauchen soll, schreibt uns gerne eine Mail! Uns geht leider immer etwas durch die Lappen, weil einfach zu viel passiert, deswegen erheben wir keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Auf einigen der hier aufgeführten propalästinensischen Demos kam es vereinzelt zu antisemitischen oder Hamas-verherrlichenden Vorfällen und Äußerungen. Selbstverständlich lehnen wir den antisemitischen Terror der Hamas ab. Wir fanden es aber wichtig, den Protest gegen das Vorgehen der israelischen Armee und den Krieg im nahen Osten hier zu dokumentieren. Dabei stellen wir uns entschieden gegen alle Auslöschungsfantasien beider Konfliktparteien.

01. März: Bundesweiter Klimastreik auch in Aachen. „Wir fahren zusammen – ÖPNV für alle“. Fridays For Future ist gemeinsam mit Verdi auf der Straße.

24. Februar: Das Bündnis „Gegenhalten – Solidarität statt Ausgrenzung“ organisiert eine Demo gegen die AfD und ist mit ca. 1.500 Menschen am Markt.

24. Februar: „Believe in Ukraine“-Demo mit ca. 1.000 Menschen am Hauptbahnhof zum Jahrestag des russischen Angriffskrieges.

24. Februar: „Tsssss macht der SUV vor der Luxusvilla. Pssstschhhh machen 15 sorgfältig aneinander geparkte Porsche.“ Bei ca. 230 SUVs und Luxuskarossen in Aachen wurde die Luft aus den Reifen gelassen, um auf die tödlichen Folgen dieser Auto hinzuweisen: Erhöhter CO₂-Ausstoß, Reifenabrieb, Unfälle und Platzverbrauch. Die Bewegung nennt sich „Tyre Extinguishers“.

19. Februar: Gedenkdemo mit ca. 300 Personen zieht vom Elsassplatz in die Stadt. Grund ist der Jahrestag des rassistischen Anschlags in Hanau.

17. Februar: „Nie wieder ist jetzt & immer! – Stolberg hält zusammen!“ Demo gegen rechts von einem „Bündnis gegen Radikalismus Stolberg“. Vom Jordanplatz ziehen ca. 2.500 Menschen durch Stolberg.

17. Februar: Propalästinensische Demo mit ca. 150 Menschen zieht durch die Stadt.

17. Februar: Demo mit ca. 300 Menschen für Toleranz und Vielfalt in Düren.

16. Februar: Demo mit ca. 2.000 Menschen gegen AfD und Rechtsextremismus in Geilenkirchen.

16. Februar: Protest gegen Baumfällungen in der Lothringerstraße. Mit einem Harvester der Firma „Baumpflege Herpertz“ werden hier ohne Rücksicht auf Verluste Bäume gefällt.

13. Februar: Demo mit ca. 50 Menschen gegen die israelischen Angriffe auf Rafah.

03. Februar: Demo am Theaterplatz für Frieden im Nahostkonflikt unter dem Motto: „Stoppt den Genozid in Gaza!“ Es gab spontanen Gegenprotest mit Ukraine- und Israel-Flaggen.

03. Februar: Ca. 3.000 Menschen gegen AfD und Rechtsruck in Erkelenz auf der Straße.

03. Februar: Hunderte Menschen gegen AfD und Rechtsruck in Würselen auf der Straße.

02. Februar: Ca. 350 Menschen gegen AfD und Rechtsruck in Gangelt auf der Straße.

02. Februar: „Nazis töten.“ Graffiti taucht an der Theaterstraße auf.

01. Februar: „Open all Borders – stop GEAS“, „Kein Mensch ist illegal – no GEAS“, „No

►►► Weiter auf Seite 10

Antifa stays united!

Die Demonstration am 20. Januar in Aachen

Für den 20.01.2024 haben wir als Antifa Jugend Aachen zur Demonstration unter dem Motto „Antifa Stays United“ aufgerufen. Angemeldet hatten wir bereits Mitte November lediglich 150 Personen; gekommen sind dann allerdings weit über 12.000 Menschen. Es folgt eine Chronologie über diese Demonstration aus unserer Perspektive.

Als neue Jugendgruppe in der linken Szene wussten wir nicht so recht, was wir eigentlich wollen. Wir meldeten also eine Demo an. Die Idee basierte zu einem Teil auf unserem Tatendrang und zum anderen darauf, dass die große Bündisdemo am 18. November 2023 im Nazihotspot Eisenach am Vortag der Demo abgesagt wurde, weil die Organisation Young Struggle angekündigt hatte zu Demo zu kommen, obwohl sie explizit nicht erwünscht waren. Die Demo in Eisenach wäre enorm wichtig gewesen, um vor Ort zu zeigen, dass die Nazis mit ihrer Gewalt keinen Erfolg gegen eine solidarische linke Bewegung haben können. Unsere Idee war also, eine proaktive antifaschistische Demonstration abzuhalten, die uns selbst und Außenstehenden die Größe und Geschlossenheit der politischen Linken aufzeigt. Die Mobiphasen lief wie am Schnürchen mit durchweg positiver Resonanz. Wir konnten deswegen

mit einer kämpferischen Demonstration mit wesentlich mehr als 150 Menschen rechnen. Zehn Tage vor unserer Demo, am 10. Januar, veröffentlichte Correctiv dann die Recherche zu dem Nazitreffen in Potsdam. Diese Veröffentlichung war ein Weckruf, der die bürgerlichen Linken und auch die ominöse „gesellschaftliche Mitte“ aus ihrer lethargischen Passivität geholt hat. In Windeseile wurden eingeschlafene Bündnisse reaktiviert, oder spontan Bündnisse gebildet, die dann Demonstrationen und Kundgebungen im ganzen Land angemeldet haben. Zufällig wurde auch unsere Demonstration auf die CopyPaste-Liste gesetzt, mit der von wirklich allen möglichen gesellschaftlichen Gruppen zu Demos aufgerufen wurde. Daraus hat sich eine Eigendynamik entwickelt, die wir nicht mehr kontrollieren konnten. Es wurden eigene Sharepics erstellt, die zur Teilnahme an der Demo gegen Rechts aufriefen. Es gipfelte dann darin, dass in den Kommentaren unter diesen Aufrufen davor gewarnt wurde, dass diese (unsere) Demo nicht von Linken unterwandert (!) werden dürfe. Am Vorabend der Demo wussten wir nicht, was wir für den nächsten Tag erwarten konnten. Als wir eine halbe Stunde vor Beginn der Demo auf den Platz vor dem Hauptbahnhof kamen, waren

schon einige hundert Menschen aus dem bürgerlichen Spektrum vor Ort. Um 16:00 Uhr konnte man die Menschenmenge dann nicht mehr überblicken. Unsere Lautsprecheranlage konnte nur einen Bruchteil der Menschen beschallen. Deshalb bekamen nur wenige mit, wie eine einleitende Rede von einer Aktivistin gehalten wurde und sich daraufhin der Frontblock in Bewegung setzte. Der Frontblock war während der gesamten Demonstration laut und kämpferisch. Der Rest des Demonstrationzugs war geprägt von der bürgerlichen Mitte, die sich spontan unserem Protest angeschlossen hatte. Die Größe unserer Demo konnten wir zu diesem Zeitpunkt gar nicht einschätzen. Bei der Bullenwache am Bushof hielt eine Person vom anarchistischen Kollektiv eine Rede zum Thema Polizeigewalt. Anlass war der Tod eines 28-Jährigen in Polizeigewahrsam, zu dem sich die Polizei bisher immer noch nicht ausreichend geäußert hat. Auf der Wilhelmstraße nahm sich der Frontblock, gegen die Anweisung der Bullen, die gesamte Straße. Trotzdem war die Stimmung recht entspannt, u. a. da die Polizei allein mit der Verkehrsregelung beschäftigt war. Im Frankenberger Park folgte dann noch die Kundgebung mit linken Inhalten und Analysen zu einer Vielzahl an Themen. Zusätzlich gab es

musikalischen Support aus Aachen von Carlashnikova und Rebell with Heart, aus Eupen von Yung Gé und aus Hamburg von Tigrez Punch – und außerdem köstliches Essen vom lokalen KüfA Kollektiv.

Dafür, dass diese Demo unsere erste Aktion war, konnten wir erstmal ein insgesamt positives Fazit ziehen. Viel der Kritik, die in den nächsten Tagen an uns herangetragen wurde, ist begründet, aber eben einfach der überraschenden Größe der Demo geschuldet gewesen. Wir hatten zu wenig Kapazitäten, um gute Awarenessarbeit machen zu können und die Demotechnik vom Technikkollektiv 1610hm kann auch keine 12.000 Menschen beschallen. Den Rest der Kritik haben wir als Verbesserungspotential für weitere Demos notiert. Nun zu unserer Reflexion der Ereignisse einige Zeit später. Wir müssen natürlich zugeben, dass die Größe unserer Demo irgendwo ein glücklicher Zufall war. Bei der Demo waren mehrheitlich politisch unorganisierte Menschen, die ihrem groben Gefühl gefolgt sind, nun endlich gegen die AfD aktiv werden zu müssen. Dieses Bedürfnis war für viele leider schon damit befriedigt, bei der Demo mitzulaufen. Die wirklich wichtigen Inhalte, über die bei der Schlusskundgebung Reden gehalten wurden, wurden deshalb hauptsächlich von den

Menschen gehört, die sich meistens schon antifaschistisch engagieren.

Dass es aber schwierig ist, die bürgerlichen Spektren mit linksradikalen Inhalten zu konfrontieren, hat der Redebeitrag über Polizeigewalt vom AKA gezeigt. Die inhaltlich wirklich starke und ausführliche Rede wurde während der Demo vom Lauti aus gehalten. Allerdings wurde die Rednerin, während sie sprach, mehrmals angepöbelt. Sie würde mit ihrer Rede ja nur nerven, das wollte keiner hören, sie solle leise sein. Für uns sind solche Reaktionen natürlich völlig unverständlich. Wenn man aber mal die Perspektive wechselt zur Sichtweise, dass die Polizei ja schon irgendwie wichtig und „Freund und Helfer“ ist, ist massive Kritik daran natürlich störend. Und hier müssen wir als gesamte linke Szene ansetzen. Den Menschen fehlt es nämlich nicht am Verständnis dafür, dass Tote in Polizeigewahrsam und Polizeigewalt schlecht sind, sondern an alternativen Vorstellungen zu Staat und Polizei. Diese alternativen Perspektiven müssen wir in den Diskurs bringen. Nichtsdestotrotz bekamen wir auch viel gutes Feedback von bürgerlichen Privatpersonen und auch anderen Orgas wie FFF und KüfA. Die Demo war außerdem sehr hilfreich für die Vernetzung verschiedener Gruppen aus Aachen und ganz NRW und für die Politisierung von Menschen des bürgerlichen Spektrums.

Nach der Demonstration hagelte es allerdings noch scharfe Kritik aus rechten Kreisen für das Frontbanner, auf dem „AfDler töten. Nazis abschieben!“ stand. Diese durch einen deutlichen Punkt sichtbar gemachte Feststellung wurde mehrfach als Mordaufruf umgedeutet. Dieser wurde laut eines rechten Twitternutzers über 40 Mal zur Anzeige gebracht, unter anderem von führenden Köpfen der AfD wie Gunnar Lindemann und Carlo Clemens. Beatrix von Storch machte ihrem Unmut auf Twitter Luft. Tino Chrupalla sprach das Banner in einem Interview bei Maischberger an und Alice Weidel nannte den Spruch in ihrer Rede im Bundestag. Mit diesem massiven Gegenwind wird versucht die „Täter-Opfer-Rolle“ umzukehren und uns als „die Bösen“ darzustellen. Wir weisen die Vorwürfe eines „Mordaufrufs“ entschieden zurück. Ein längeres und umfangreicheres Statement zu diesem Spruch findet ihr auf unserem Instagram Account (@antifajugend.ac). An dieser Stelle möchten wir uns herzlichst bei allen Menschen bedanken, die an der Demonstration teilgenommen haben, um zusammen ein Zeichen gegen den stärker werdenden Rechtsruck zu setzen!

Antifa stays united!

Antifa Jugend Aachen



Antifa United Demo in der Peterstraße: „Siamo tutti antifascisti!“

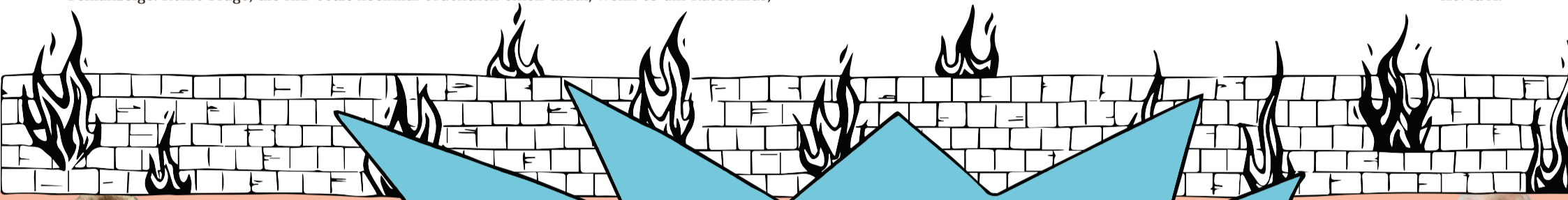
(Bild: Kywy)

Was für Brandmauer?

Die AfD ist jetzt dank des Potsdamer Treffens, wo extrem rechte Umsturzpläne geschmiedet und die Zwangsumsiedlung von Menschen geplant wurde, in aller Munde. Aber auch die Parteien der sogenannten Mitte fischen am rechten Rand – sofern man diesen überhaupt noch als Rand bezeichnen kann. Rechte Positionen sind in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Waren sie überhaupt jemals weg? Auch CDU-Mitglieder waren bei dem extrem rechten Geheimgespräch dabei. Politiker*innen von CDU bis Grüne bedienen sich rechter Narrative und Rhetoriken wie vom „Sozialtourismus“ Geflüchteter, schüren Angst vor Überfremdung oder angeblich kriminellen Einwanderern, spielen Landwirt*innen, Geflüchtete und Sozialhilfeempfänger*innen gegeneinander aus. Faktenbasiert? Fehlanzeige. Keine Frage, die AfD setzt nochmal ordentlich einen drauf, wenn es um Rassismus,

Antisemitismus und Holocaustrelativierung geht. Aber der Rest der Politiklandschaft springt im Ringen um die Gunst der Wähler*innen auf den Zug auf, drückt sich meist etwas gewählter und gemäßiger aus. Und ist froh, dass man mit der AfD ein Negativbeispiel hat, dass es ja noch schlimmer geht. Da kann man sich schön abgrenzen, da kann man schön eine „Brandmauer gegen rechts“ herbeifaseln, um sich zu versichern, dass man selbst ja die Mitte ist und somit nicht rechts, sondern im Recht. Währenddessen schafft die Ampel das Recht auf Asyl ab. Aber das ist ja alles nicht so schlimm, denn wirklich rechts, das ist ja wirklich nur die AfD. Daher hier ein lustiges Zitatezitatenspiel mit überhaupt nicht lustigen, sondern eher extrem unheimlichen Zitaten. Viel Spaß. Oder so.

Herta Ä.



WER HAT'S GESAGT ?

Kannst du diese Aussagen von AfD- und anderen Politiker*innen auseinanderhalten?

Hans-Georg Maaßen, Werteunion
Ehemaliger Verfassungsschutz-Chef

Markus Söder, CSU
Bayrischer Ministerpräsident

Alexander Gauland, AfD
Ehrenvorsitzender

Christian Lindner, FDP
Finanzminister

Friedrich Merz, CDU
Bundesvorsitzender

Alice Weidel, AfD
Parteivorsitzende

Martin Henkel, CDU
Mitglied des Thüringer Landtags

Nancy Faeser, SPD
Innenministerin

Bernd Höcke, AfD
Faschist

Olaf Scholz, SPD
Bundeskanzler

Wolfgang Schäuble, CDU
Ehemaliger Bundestagspräsident

Horst Seehofer, CSU
Ehrenvorsitzender

Philipp Amthor, CDU
Mitglied des deutschen Bundestages

1 „Das ist die Geschäftsgrundlage für Schlepperkriminalität.“

2 „Wir erleben mittlerweile einen Sozialtourismus dieser 13 Flüchtlinge: nach Deutschland, zurück in die Ukraine, nach Deutschland, zurück in die Ukraine.“

3 „Es ärgert mich, dass ich vor Ihnen als dem fleißigen Mittelstand über Kürzungen sprechen muss, während auf der anderen Seite in unserem Land Menschen Geld bekommen fürs Nichtstun. Deshalb kürzen wir die Leistungen für Asylbewerber, deshalb sparen wir eine Milliarde Euro beim Bürgergeld.“

4 „Ins Klassenzimmer gehören Kreuzfixe und keine Kopftücher.“

5 „Monat für Monat immigriert eine Kleinstadt voller Asylsuchender, Wirtschafts- und Sozialmigranten nach Deutschland. Viele von ihnen stammen aus uns völlig fernen Kulturen. Die Aufnahmekapazitäten sind schon längst erschöpft. Man kann auch sagen, das Boot ist überfull. Die einzige Lösung, um diese Krise zu bewältigen, ist eine strikte Remigration von Wirtschaftsmigranten zurück in ihre Herkunftsländer und ein Einwanderungssystem nach kanadischem oder australischem Vorbild.“

6 „Mit jeder gegenderten Nachrichtensendung gehen ein paar hundert Stimmen mehr zur AfD.“

7 „Niemand weiß, wann und wo der nächste Messerstecher zuschlägt, jeder kann jederzeit an jedem Ort zum nächsten Opfer werden.“

8 „Wir müssen endlich in großem Stil diejenigen abschieben, die kein Recht haben, in Deutschland zu bleiben.“

9 „Dieses Denken ist Ausdruck einer grün-roten Rassenlehre, nach der Weiße als minderwertige Rasse angesehen werden und man deshalb arabische und afrikanische Männer ins Land holen müsse.“

10 „Die Migrationsfrage ist die Mutter aller politischen Probleme in diesem Land.“

11 „Wir haben in deutschen Großstädten ein Problem mit bestimmten jungen Männern mit Migrationshintergrund, die unseren Staat verachten, Gewalttaten begehen und mit Bildungs- und Integrationsprogrammen kaum erreicht werden.“

12 „Wir müssen gewaltbereiten Integrationsverweigerern in unseren Städten die Grenzen aufzeigen: mit harter Hand und klarer Sprache.“

14 „Langfristig, liebe Freunde, stehen die Auflösung der Parallelgesellschaften sowie die Re-Migrationsprogramme, die natürlich De-Islamisierungsprogramme inkludieren, auf der Tagesordnung.“

15 „Wir sprechen hier über Leute, die eigentlich in Deutschland nichts zu suchen haben, die wir hier seit längerer Zeit dulden, die wir nicht zurückschieben, die wir nicht abschieben, und bei denen wir uns dann darüber wundern, dass es hier solche Exzesse gibt.“

16 „Wir befinden uns in einem Kampf gegen Kräfte, die ihr globalistisches Programm der Nationsauflösung, der ethnisch-kulturellen Vereinheitlichung und der Traditionsvernichtung als die Menschlichkeit und Güte selbst verkaufen.“

17 „Antisemitismus, das darf man nicht vergessen, ist vor allem in muslimisch geprägten Kulturkreisen besonders stark vertreten.“

18 „Wir werden uns gegen Zuwanderung in deutsche Sozialsysteme wehren - bis zur letzten Patrone.“

19 „Wenn man sieht, liebe Freunde, wie ethnisch-religiöse Minderheiten in den Ländern behandelt werden, aus denen die meisten Einwanderer kommen, kann man nur sagen: Gnade uns Gott, wenn wir je zur Minderheit in unserem eigenen Land werden!“

20 „Die Ampel setzt sich ein für eine Einbürgerung der falschen statt für eine Ausbürgerung der Richtigen.“

21 „[...] die jubeln regelrecht über unseren bevorstehenden Volkstod durch den Bevölkerungsaustausch. Die Flüchtlinge sind ihnen nur Mittel zum Zweck, damit das verhasste eigene Volk endlich von der Weltbühne verschwindet.“

22 „Das Jahr beginnt mit dem Zensurgesetz und der Unterwerfung unserer Behörden vor den importierten, marodierenden, grapschenden, prügeln, Messer stechenden Migrantenmobs, an die wir uns gefälligst gewöhnen sollen.“

Eine solidarische Stadtgesellschaft aufbauen!

Redebeitrag von Recht auf Stadt bei der Antifa Stays United Demo am 20. Januar

Liebe Mitstreiter*innen, erst mal vielen herzlichen Dank an die Organisator*innen der Antifa Jugend und Gratulation zu eurer ersten sehr gelungenen Aktion! Wir freuen uns darauf, mehr von euch zu hören!

Für die, die uns nicht kennen: Wir sind die Initiative „Recht auf Stadt Aachen“ und setzen uns seit 2015 für eine Stadt für alle ein. Also eine Stadt, die sich an den Bedürfnissen ihrer Bewohner*innen orientiert und nicht an der kapitalistischen Verwertungslogik. Eine Stadt, in der alle Menschen eine lebenswerte, bezahlbare, warme Wohnung und volle Bäuche haben. Eine Stadt, in der man sich auf die Qualität des ÖPNV oder des Bildungs- und Gesundheitssystems verlassen kann. Eine Stadt, in der alle am öffentlichen Leben teilhaben und mitbestimmen können. Aber vor allem eine Stadt, in der Solidarität das Zusammenleben prägt.

Gegen all das steht die AfD! Gegen all das stehen die rechten Kräfte, die durch den weltweiten Rechtsruck an die Macht gekommen sind. Die Rechten bringen keine sozialen Lösungen, sondern nur soziale Spaltung, Hass und gesellschaftliche Verwahrlosung. Wir sehen es in Ungarn, Italien und Polen, in den USA, in Brasilien, Argentinien oder Indien.

Spätestens nach den aktuellen Nachrichten über die Deportationsfantasien der AfD und ihrer Nazi-Netzwerke dürfte allen die Gefahr bewusst sein, die von Wahlerfolgen der Partei ausgehen. Umso mehr freuen wir uns, dass hier heute so viele Menschen zusammenstehen. Gemeinsam zeigen wir klare Kante gegen die faschistischen Kräfte in unserer Gesellschaft und senden ein starkes Zeichen in die Welt! Nie wieder Faschismus!

In den letzten Jahren war es in Aachen glücklicherweise meist so, dass viele Menschen zusammengekommen sind, wenn es darum ging, gegen Rechte zu demonstrieren. Das Kräfteverhältnis beim Protest gegen die letzte Kundgebung der AfD am 09. September 2023 hat das deutlich bewiesen.

Tatsächlich kann Aachen auch auf eine spannende Geschichte antifaschistischer Kämpfe zurückblicken. Es war die Stadt, in der das erste Mal die rote Fahne als Zeichen der Arbeiter*innenbewegung benutzt wurde. In der Weimarer Republik

war Aachen, den Wahlerfolgen der KPD nach, zwischenzeitlich eine kommunistische Hochburg. Die Kommunist*innen haben es lange geschafft, die Wahlerfolge der NSDAP gering zu halten. Später, noch während des NS, haben Anarcho-Syndikalisten*innen Menschen wie den russischen Revolutionär Nestor Machno über die grüne Grenze nach Holland oder Belgien geschmuggelt.

Auch später, ab den frühen 2000ern, gab es hier starken Widerstand gegen die organisierten Nazis z. B. der Kameradschaft Aachener Land, kurz KAL. Mutige Antifaschist*innen haben sehr viel riskiert, um die Etablierung von Nazistrukturen in der Region zu verhindern. Im Gegenzug mussten sie sich selbst und unsere Räume wie das AZ regelmäßig gegen Angriffe verteidigen. Als die KAL 2012 verboten wurde, entstand bald die AfD. Einige von euch werden sich sicher noch daran erinnern, wie viele von uns damals gemeinsam die Parteigründung erschwert und ihnen keine öffentlichen Räume überlassen haben.

Aber was ist seitdem außer einigen Gegenprotesten passiert? Machen wir uns nichts vor. Die organisierten Nazis sind zwar im Stadtbild nicht mehr präsent, aber sie sind auch nicht verschwunden. Zuletzt sollen einige AfD-Mitglieder an lokalen Bauernprotesten teilgenommen haben. Die Partei ist sowohl in Aachen als auch in den umliegenden Orten Stolberg, Alsdorf und Eschweiler vertreten. Alles Orte, an denen sich die höchsten Armutsquoten der Städteregion finden.

Bisher hat die AfD zwar noch in keinem der genannten Orte bei Wahlen mehr als 10 % bekommen können, in Aachen waren es bei der letzten Kommunalwahl sogar nur 3 %. Allerdings gibt es hier mehrere Stadtteile, in denen die Wahlergebnisse zwischen 10 % und 20 % liegen – zum Beispiel in Rothe Erde, Forst oder dem Ostviertel. Es sind also genau die Viertel, in denen viele Menschen unter Armut leiden. Die Perspektivlosigkeit dort spiegelt sich auch in sehr geringer Wahlbeteiligung bis hin zu nur 12 % in der Hüttenstraße wider. Es sind die Viertel, in denen die Menschen wohnen, die am härtesten von der aktuellen Sparpolitik betroffen sind und deren Bedürfnisse am wenigsten berücksichtigt werden. Die Menschen, die aufgrund von Rassismus oder zu hohen Mieten sonst nirgendwo mehr eine Wohnung finden.

Die unter so viel Druck und Existenzängsten im Alltag leiden, dass ihnen die Teilhabe am öffentlichen Leben verwehrt bleibt. Deren Lebenssituationen so gut wie nie in der bürgerlichen Öffentlichkeit, der Aachener Zeitung oder Gesprächen der Kommunalpolitik vorkommen. Die Menschen, die sich – den hohen Raten an Bürgergeldempfänger*innen entsprechend – bei der aktuellen Hetze von Lindner & Co am ehesten angesprochen fühlen müssen.

Was wird also passieren, wenn die aktuelle Sparpolitik der Ampel erst ihre volle Wirkung entfaltet? Wie werden die Menschen in anderen Vierteln reagieren, wenn es auch für sie immer spürbarer wird, dass die Ampel ihre Bedürfnisse völlig missachtet, um es Banken und Konzernen recht zu machen? Was kommt bei den Menschen an, wenn am selben Tag das Asylrecht zusammengestrichen wird, an dem sich über die AfD beschwert wird? Die Wahlprognosen, die Vereinnahmung der Bauernproteste oder die Diskussion um das sogenannte Heizungsgesetz geben uns einen Vorgeschmack auf das, was kommen könnte. Es zeigt sich überdeutlich, dass die aktuelle Politik der SPD, der Grünen und der FDP, angeheizt durch die CDU, die Positionen der AfD stärkt. Diese Parteien und ihre Unterstützer*innen machen sich mitschuldig, solange sie nicht einen sozial- und klimagerechten Kurs einschlagen. Umso wichtiger, dass sich dieser Protest nicht nur gegen die AfD richtet, sondern auch gegen ihre Wegbereiter und gegen gesellschaftliche Spaltung! Für Solidarität statt Hetze!

Die linke Bewegung und alle, die von einer gerechten Welt träumen, müssen sich aber auch selbstkritisch fragen, warum in den Vierteln wie Rothe Erde eher rechts als links gewählt wird. Was ist aus der klassenkämpferischen Tradition geworden? Warum sind wir dort so gut wie nicht aktiv?

Dabei steckt dort das größte Potenzial für Veränderung. Tausende Mitbürger*innen, deren Meinung bisher sich nicht bei den Wahlen widerspiegelt und die somit, aufgrund fehlender anderer Partizipationsmöglichkeiten, überhaupt keine Rolle in der Stadtentwicklung spielen. Was wäre, wenn alle Menschen mitreden würden? Sich

für die Erfüllung ihrer Bedürfnisse einsetzen?

Um das zu ermöglichen, wird es Zeit, eine linke Alternative anzubieten. Doch wie kann die Alternative aussehen?

Mit dieser Frage haben wir uns viel beschäftigt und sind wie viele andere zu dem Schluss gekommen, dass dies nicht nur mit Kampagnen und Vorträgen, sondern langfristigen Strukturaufbau benötigt. Wir müssen gemeinsame Netzwerke aufbauen, die praktische Solidarität und gemeinschaftliche Hilfe erlebbar machen. Netzwerke, die es ermöglichen, gemeinsam den Alltag zu erleichtern und Verbesserungen z. B. in der Wohnsituation zu erkämpfen. Netzwerke, die die Individualisierung durchbrechen, Menschen zusammenbringen und Diskussionen ermöglichen. Netzwerke, aus denen sich eine wirksame Gegenmacht gegen die wachsende Ungleichheit, die Umverteilung von Wohlstand von unten nach oben, also mit anderen Worten den aktuellen Klassenkampf von oben, entwickeln kann. Netzwerke, die Hoffnung geben!

Vorbilder für solche Strukturen sind für uns die Stadtteilgewerkschaft „Gröpelingen solidarisch“ in Bremen, „Kotti & Co“ in Berlin oder „Berg fidel solidarisch“ in Münster.

Wir wollen genau das ausprobieren und arbeiten deswegen seit einem guten halben Jahr daran, Netzwerke in Nachbarschaften im Aachener Osten aufzubauen. Wir haben zum Beispiel Mieter*innen dabei unterstützt, die sich aufgrund von großen Problemen in den Wohnungen gegen ihren Vermieter, das Immobilienunternehmen LEG, wehren mussten. Aktuell sind wir an unserem zweiten Fall. Es mangelt jedoch an Kapazitäten, um diese Arbeit auszuweiten. Wir freuen uns also sehr über Unterstützung! Lasst uns gemeinsam eine solidarische Stadtgesellschaft aufbauen! Gemeinsam sorgen wir dafür, dass die AfD & Co nur eine schlechte Erinnerung sein werden!

Nie wieder Faschismus! Für eine solidarische Gesellschaft! Für das gute Leben für alle!

Recht auf Stadt Aachen

Ein Luxuswohnheim im Preuswald

Die Landmarken AG schafft mit ihrem Konzept des „POHA-House“ im Preuswald ein Symbol für gezielte Verdrängung

►►► Fortsetzung von Seite 1

Verdrängung oder eine viel stärkere Belastung durch die Mieten werden für die Anwohnenden von der Landmarken AG in Kauf genommen. Mit dem POHA-House wird nun jedoch gezeigt, dass die Firma noch weiter geht und darauf abzielt, die Anwohner*innen auszutauschen – gezielte Gentrifizierung. Anwohnende der umliegenden Häuser erzählen, dass von den ehemaligen Bewohner*innen des Hochhauses aufgrund der neuen Mietpreise keiner zurückgekommen ist. Die neue Zielgruppe, für die das POHA-House konzipiert ist, verdeutlicht, dass eine Rückkehr auch nie eingeplant war: „Künstler, Freiberufler, Akademiker, junge Unternehmerinnen und Unter-

nehmer – gerne auch Start-ups“. Sie werden mit schicken möblierten Wohnungen und Zugang zu Gemeinschafts- und Arbeitsflächen angelockt. Es werden also Menschen angesprochen, die bisher nicht im Viertel leben. Von sozialer Verantwortung, der dramatischen Situation auf dem Wohnungsmarkt und dem Schicksal der Menschen, die durch das POHA-House verdrängt werden, ist nirgends die Rede. Hinzu kommt noch, dass solche überdurchschnittlichen Mieterhöhungen auch den Mietspiegel nach oben treiben und somit

alle Mieter*innen in Aachen betreffen. Der Mietspiegel wird hier zudem als völlig bedeutungslos entlarvt. Laut dem aktuellen Mietspiegel dürfte ein möbliertes 75 m²-Wohnung an der Altenbergerstraße 4 trotz Kernsanierung höchstens 804,67 € kosten. Wieso kann sich die Landmarken AG ungestraft darüber hinwegsetzen und zu diesem Preis 1100 € addieren? Liegt es daran, dass sie als Mitglied der Initiative Aachen e.V. an der Er-

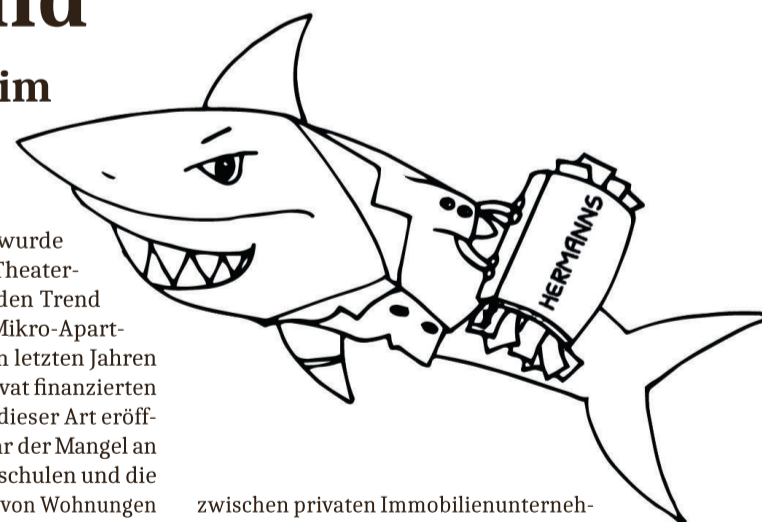
arbeitung des Mietspiegels beteiligt sind? Die immer konservativere Aachener Zeitung lobt die Landmarken AG mit ihrem POHA-House trotzdem völlig unkritisch als „nachhaltig und stylish“ und von der Stadt gibt es nicht mal ein öffent-

liches Statement zu dieser Entwicklung. Wurde das Konzept genehmigt? Befürwortet die Stadt die „Aufwertung“? Wird die Firma trotz dieser Grausamkeit auch zukünftig ein normaler Partner in der Stadtentwicklung bleiben? Schließlich bleibt die Firma leider vorerst präsent in Aachen. Ob beim geplanten „Haus der Neugierde“, beim Continental-Areal, bei allen Umbauten am Theaterplatz, bei den Luisenhöfen oder beim Hutchinsons-Gelände, die Landmarken AG hat überall ihre Finger im Spiel.

Das Konzept des POHA-House wurde auch im Damengraben und am Theaterplatz umgesetzt. Es schließt an den Trend von überbelegten, möblierten Mikro-Apartments für Studierende an. In den letzten Jahren wurden eine ganze Reihe von privat finanzierten „Wohnheimen“ mit Wohnungen dieser Art eröffnet. Auslöser für diesen Trend war der Mangel an Wohnheimplätzen bei den Hochschulen und die Tatsache, dass für diese Kategorie von Wohnungen die höchsten Mietpreise verlangt werden dürfen.

Statt bezahlbare Wohnheime zu bauen und den Rest der Mieter*innen in Aachen von der Konkurrenz der Studierenden zu entlasten, wurde wieder nur die profitabelste Lösung für die Unternehmen gewählt. Die Stadt hat sich zwar mittlerweile öffentlich gegen diesen Trend ausgesprochen, aber die Eröffnung des POHA-House im Preuswald vermittelt den Eindruck, dass dies nur leere Worte waren.

Es zeigt sich also mal wieder: Der Markt regelt gar nichts. Der Markt missachtet die Bedürfnisse der Vielen und erlaubt stattdessen nur einigen Wenigen, sich noch mehr zu bereichern. Die Stadt und höhere Regierungsebenen müssen endlich ihre Märchen von einer guten Zusammenarbeit



zwischen privaten Immobilienunternehmen und der öffentlichen Hand beenden. Es

müssen mehr Lösungen für Probleme der Mieter*innen durchgesetzt werden. Ansonsten dürfen sich die Politiker*innen nicht wundern, wenn das Vertrauen in der Bevölkerung in diese Form der Demokratie weiter

schwindet. Es braucht einen Kurswechsel! Jetzt! Wohnraum darf keine Ware sein! Große Immobilienunternehmen vergesellschaften! Mehr Schutz für Mieter*innen gegen Ausbeuter wie die Landmarken AG! Neue Gemeinnützigkeit einführen! Mietendeckel – Jetzt!

Recht auf Stadt Aachen

* Norbert Hermanns ist Aufsichtsratsvorsitzender der Landmarken AG

►►► Fortsetzung von Seite 1

Die demokratisch legitimierte Machtübertragung im Hitler-Faschismus ist hierfür das prominenteste Beispiel.

Dass das „Nie Wieder!“ danach leider zu häufig nur als Lippenbekenntnis verstanden wird, zeigte sich beispielsweise in der Aushebelung des Grundrechts auf Asyl 1993. Anstatt sich nach den tödlichen Anschlägen in Mölln, Solingen und Hoyerswerda für den Schutz migrantisierter Menschen einzusetzen, übernahmen CDU/CSU und SPD damals rechtspopulistische Argumentationen und bauten die Rechte geflüchteter Menschen weiter ab. Rechter Terror zieht sich durch die Jahrzehnte: Das Oktoberfestattentat, die Mordserie des NSU, Halle und Hanau sind eine unvollständige Liste.

Nazis töten.

Was diese Aussage (!) mit Migrationspolitik zu tun hat

Es ist nicht zu leugnen: Nazis töten, damals wie heute. Und wenn sich auf politischer Ebene nicht entschieden dagegen gestellt wird, dann ist mehr in Gefahr als unsere Demokratie. Es geht hier um Menschenleben.

Wir wollen und brauchen ein offenes, humanes Europa!

Angesichts dieser Entwicklung ist die demokratische Zivilgesellschaft gefordert. Gegen den gefährlichen Rechtsruck in unserer Gesellschaft und in

der europäischen Asylpolitik ist ein massiver Widerstand aller demokratischen Kräfte notwendig. Daran beteiligt sich auch das Bürger*innenasyl Aachen, das sich aktiv für Schutz und Unterstützung für von Abschiebung bedrohten Menschen einsetzt. Das kann bedeuten, Menschen eine Verschnaufpause zu ermöglichen, damit sie sich über die eigenen Perspektiven klar werden und selbstbestimmte Entscheidungen treffen können. Oder auch, Menschen bei Behördengängen zu begleiten, an Rechtsberatung oder Ärzt*innen zu vermitteln, Spenden sammeln, oder was sonst gerade ansteht. Gleichzeitig treten wir öffentlich dafür ein, Rassismen in Politik und Gesetzgebung zu bekämpfen: Zum Beispiel durch Kampagnen, Öffentlichkeitsarbeit und Infoabende. Hierbei können wir jede Menge Hilfe gebrauchen. Lust, uns kennenzulernen und mitzumachen? Du bist herzlich willkommen.

Bürger*innenasyl Aachen

**Komm vorbei beim B-Asyl,
wir freuen uns auf dich!**

Jeden ersten und dritten Montag von 20-21Uhr
im Infoladen, Bismarckstr. 37

Oder schau vorbei bei einer dieser Stellen:

Medinetz Aachen

Jeden Donnerstag um 19:00 Uhr im Café Zuflucht, Jülicherstr. 114 a
(Gerne auch vorher kurze Nachricht per Insta oder Email)

Café Zuflucht

Auch diese großartige kostenlose Rechtsberatung ist auf ehrenamtliches Engagement und Zuarbeit angewiesen. Möglichkeiten mitzumachen gibt es auf der Webseite: <https://www.cafe-zuflucht.de/mitmachen>

Seebrücke Aachen

kontakt@seebruecke-aachen.de



Graffiti an der Friedensbrücke in Frankfurt

(Bild: dosenkunst.de)

Tod in Polizeigewahrsam - Schon wieder

Es ist schon wieder passiert. Wieder eine Tat, zu der es nicht viel und trotzdem eine Menge zu sagen gibt. Sie macht erneut wütend und betroffen, ohnmächtig und gleichzeitig rasend. Aber leider sind wir nicht überrascht.

Am 08. Januar verstarb ein Mensch im Gewahrsam der Polizei Aachen. Er war 28 Jahre alt. Die Bullen meldeten sich mit vier Sätzen in einer Pressemitteilung zu Wort. In dieser wird die Obduktion am folgenden Tag angekündigt; Anhaltspunkte für Fremdverschulden lägen nicht vor und um „Neutralität“ zu gewährleisten, werde die Ermittlungsarbeit von der Polizei Mönchengladbach geleitet. Es folgt eine weitere Mitteilung, die Todesursache sei nach der Obduktion nicht geklärt worden und die Begründung für die Ingewahrsamnahme sei ein Haftbefehl gewesen. Der Mann sei zusammengebrochen, Wiederbelebungsversuche seien gescheitert.

Zum jetzigen Zeitpunkt müssen wir Fragen stellen und die sind zahlreich:

Wer war die Person? Wurde die Ingewahrsamnahme mit Zwangsmaßnahmen oder körperlicher Gewalt durchgeführt? Wie wurden die Maßnahmen rechtfertigt? Wieso stirbt ein 28-Jähriger „einfach so“? Warum wurde er nicht in ein Krankenhaus gebracht? Was bedeutet „für Fremdverschulden gibt es keine Anhaltspunkte“? Wieso hält sich die Polizei so bedeckt?

Wir können Kontinuitäten aufzeigen und auch die sind zahlreich:

Auf all diese Fragen gibt es bisher keine Antworten, aber es gibt das Wissen, dass der Polizei nicht zu trauen ist. Ihnen ohne weiteres ihre Version der Erzählung zu glauben, wirkt nach vergangenen Vorkommnissen absurd. Zu oft sind Menschen bei Festnahmen und in Gewahrsam durch Ge-

waltanwendung gestorben, zu oft sind Menschen erschossen worden. Zu oft wurden Personen verprügelt, gefoltert, stranguliert – ohne rechtliche Konsequenzen. Zu oft wurden Menschen wegen Lappalien inhaftiert oder durch Verfolgungsjagden zu Tode gebracht. Zu oft wurde gelogen, von oben gedeckt und vertuscht. Wir wissen, dass wir von der Polizei keine Aufklärung erwarten können – auch nicht, wenn aus „Neutralitätsgründen“ die Kolleg*innen aus der Nachbarstadt ermitteln. Innerhalb der Polizei besteht ein System des Schweigens, um kriminelle Kolleg*innen zu schützen. Es besteht ein großer Unwille zu eskalierendem Verhalten und eine grundlegende Weigerung, aus Fehlern zu lernen. Es tummeln sich Personen mit rechtem Gedankengut, Umsturzfantasien und rassistischen Vorurteilen in ihren Reihen – mit Waffe in der Hand. Fragen nach Verhältnismäßigkeit von Gewaltanwendung oder das Aufzeigen von schwerwiegenden Fehlern im Umgang mit Menschen in psychischen Ausnahmesituationen oder mit Traumata sind nicht gern gesehen. Oftmals werden die Toten als polizeibekannte, kriminelle Randalierer gebrandmarkt, um eindeutig zu klären, dass sie ja wohl selber schuld waren. Erinnern wir uns noch einmal: Ein 28-Jähriger, der nach seiner Inhaftierung einfach umfällt und stirbt. Ein tragischer Zufall?

Die Chronik der Toten lässt sich ewig fortschreiben. Zwei Fälle aus jüngster Zeit sind diese beiden hier:

Am 06.01.24 starb in Mühlheim an der Ruhr der 23-jährige Ibrahi-

ma Barry in einer Geflüchtetenunterkunft. Er soll randaliert haben. Der überforderte Sicherheitsdienst rief die Polizei. Ibrahim soll sich stark gegen seine Festnahme gewehrt haben. Die Polizist*innen beschossen ihn mehrfach mit dem Taser; Ibrahima verstarb anschließend im Krankenhaus.

Am 23.12.23 wurde ein 49-jähriger Mann in Mannheim von der Polizei erschossen. Er hat die Polizei selbst gerufen, soll dann auf der Straße mit einem Messer gestanden haben. Die Beamten schossen mehrfach aus Distanz. Er war polizeibekannt und litt unter psychischen Problemen. Wie so oft in den Begründungen, wie es zu den Schüssen kam, zu lesen, soll er das Messer nach Aufforderung nicht niedergelegt haben, sondern sich auf die Polizist*innen zu bewegt haben.

Die Beschreibung der Todesumstände in so knappen, sachlichen Worten wirkt makaber, doch wir können, gerade bei nicht lang zurück liegenden Fällen, auch nur die Informationen aus den Medien und der Polizeipresse benutzen, die sich nahezu immer decken. „Hat randaliert“, „hielt ein Messer in der Hand“, „befolgte Anweisungen nicht“, „ging auf die Beamten zu“, „war polizeibekannt“, „wehrte sich gegen die Festnahme“, „xx Beamte wurden verletzt“. Die Wiederholung von Umständen und Formulierungen, die sich von Fall zu Fall ähneln und mit denen wir abgespeist werden sollen, sind so unzureichend. Ernsthaftige Ermittlungen von seiten der Staatsanwaltschaft gibt es fast nie. Eigene, unabhängige Recherchen durch Medienhäuser werden kaum angestellt. Es besteht kein Interesse an ehrlichen Ermittlungen



Wir berichteten in der Tacheles schon mehrfach über Todesfälle, Hintergründe von Polizeigewalt und rechte Ideologien und Rassismus bei der Polizei.

Ausgabe Nr. 2:

„Der braune Sumpf der Sicherheitsbehörden“, S. 1 und 4; „Black lives matter“, S. 1-3

Ausgabe Nr. 3:

„Update: Rechte Bullen in Aachen und NRW“, S. 8

Ausgabe Nr. 4:

„Überall Cops, nirgendwo Gerechtigkeit!“, S.1 und 4; „Rechte Netzwerke in den Sicherheitsbehörden“ (Chronik), S. 4

Ausgabe Nr. 6:

„Racial Profiling am Bahnhof Düren“, S. 9

Ausgabe Nr. 7:

„Was darf die Polizei? - Zu den Polizeischüssen in Aachen am 12.01.21“, S. 3; Doppelseite Polizeigewalt S. 6-7: „Um nicht alleine zu sein mit dem Schmerz!“, „Forum gegen Polizeigewalt NRW“, „Die unabhängige Justiz“, „Sind Knäste unnötig?“, „Noch mehr Einzelfälle“, „Buchrezension: Kritik der Polizei“

Ausgabe Nr. 10:

Dossier Polizeiproblem, S. 15-17: „Anklage gegen fünf Polizist*innen in Dortmund“, „Podcastrezensionen: Oury Jalloh und die Toten des Polizeirevier Dessau, Aufklären und Einmischen von NSU Watch, Schwarz - Rot - Blut“, „Unter Strom - Taser in Aachen“, „Copaganda“

Ausgabe Nr. 11:

„Justice for Mouhamed“, S.14

Ausgabe Nr. 12:

„Herford - Die Polizei lügt“, S. 8

und erst recht kein Interesse an einer kritischen Öffentlichkeit gegenüber der Polizei und dem ihr übergeordneten Innenministerium. Also müssen wir es selbst in die Hand nehmen – durch Berichterstattung, Kundgebungen und Recherchen. In Gedenken an alle Getöteten und Kraft den Familien und Freund*innen.

Tacheles Redaktion

Interview

Mehr als nur Sprach- und Yogakurse: Das neue Programm der VHS

Ein Interview zu den Highlights des Programms mit Malte Meyer, verantwortlich für das Programm von „Arbeit und Leben“ der VHS Aachen

Malte, für die meisten ist die VHS eher in Bezug auf Sprach- und Weiterbildung im beruflichen Kontext ein Begriff. Ich selbst durfte mich ja auf einer von dir geleiteten Exkursion nach Lüttich eines Besseren belehren lassen. Ein erster Blick in euer neues Programm für das erste Semester 24 bestätigt diese Vielfalt an Angeboten. Du warst an dessen Erstellung beteiligt, was ist dabei dein Beitrag?

Einige kommende Veranstaltungen:

Gesundheit ist eine Ware

Vortrag mit Diskussion
20.03.24; 18:00–20:00 Uhr • kostenfrei
Haus der Ev. Kirche, Frère-Roger-Straße 8-10

Konflikte und Alltagsrealitäten im Jobcenter

Vortrag mit Diskussion
18.04.24; 19:00–21:00 Uhr • kostenfrei
vhs, Peterstraße 21-25, Raum 214

Länderabend Kroatien

Vortrag mit Diskussion
06.06.24; 19:00–21:00 Uhr • kostenfrei
vhs, Peterstraße 21-25, Forum Raum 241

Exkursion Edelweißpiraten

30.06.24; 10:00–13:00 Uhr • kostenfrei
Treffpunkt: Denkmal, Bf Köln-Ehrenfeld,
Bartholomäus-Schink-Str. / Ecke Schönsteinstraße

Weitere Infos und Anmeldung über die Homepage der VHS:

<https://www.vhs-aachen.de/programm>

Einbruch in die Räumlichkeiten des Queerreferats

Ein queerfeindlicher Angriff?

Nach den Schüssen auf die Aachener AIDS-Hilfe vor einem Jahr trifft es offensichtlich nun uns. Heute Morgen (14.12.2023) haben wir bemerkt, dass eine der Scheiben unseres Treffpunktes in der Gerlachstraße zertrümmert wurde. Wir haben wegen Einbruchs Anzeige erstattet.

„Wir gehen von einer queerfeindlichen Tat aus. Schon seit September haben wir damit zu kämpfen, dass jemand ständig Rest- und Biomüll vor unserer Tür abwirft.“, erklärt Robin, unser Vorsitzender.

Der Einbruch in unsere Räumlichkeiten ist nur die letzte Tat einer Reihe von Angriffen auf queere Personen und Einrichtungen in der Städteregion Aachen, wie die Schüsse auf die AIDS-Hilfe im letzten Jahr oder die Messerattacke auf eine transidente Ratsfrau aus Stolberg. Dazu erklärt Robin: „Wir verurteilen solche queerfeindlichen Attacken aufs Schärfste. Die queeren Bürger*innen von Aachen müssen sich in ihren Begegnungsorten wieder sicher fühlen können.“

Queerreferat Aachen



Eingeschlagene Scheibe an den Räumlichkeiten des Queerreferats. (Bild: Queerreferat Aachen)

Malte: Ich bin ja hier im Bereich politische Bildung für Arbeit und Leben zuständig, sozusagen für im weitesten Sinne gewerkschaftsnahe Themen. Das bringt es quasi mit sich, dass wir auch ein breiter gefächertes Programm anbieten. Dieses Programm ist jedoch mit gewissen Schwerpunkten versehen.

Ein Schwerpunkt fällt dabei direkt ins Auge. Auf der Titelseite des Programmhefts steht „Perspektive Europa“ im Stil der Europafahne. Das hat mich optisch direkt an die Bewegung ‚Pulse of Europe‘ erinnert. Europa erscheint dabei also sehr positiv besetzt. Wie kommt das Thema auf die Agenda?

Malte: In der Volkshochschule ist das sicher mit Blick auf Europawahlen und Fußball-Europameisterschaften gemeint. Ich selbst versuche das Thema im Bereich „Arbeit und Leben“ mit Bezug auf die Arbeitswelt zu interpretieren. Am 1. Mai machen wir zum Beispiel eine Veranstaltung auf dem Katschhof. Zudem machen wir einen Stand vom VHS-Ressort „Arbeit und Leben“. Und dazu wird es ein kleines Europaquiz geben. Ja, da kommen durchaus auch kritische Fragen zur EU vor.

Wir machen aber auch mit Europe Direct, dem Infobüro der EU, im Juni eine Veranstaltung zu Kroatien. Das ist ein Länderabend, den wir schon häufiger gemacht haben. Da haben Teilnehmende die Gelegenheit, sich zu verschiedenen Facetten kroatischer Geschichte, Gegenwart, Kultur und Politik zu informieren.

Mir persönlich ist noch wichtig zu sagen, dass wir in dem Schwerpunkt „euregionale Sozialgeschichte“ im letzten Jahr Audiotouren zur regionalen Migrationsgeschichte erstellt haben. Zu dem Themenkomplex haben wir damals auch die von Dir eingangs erwähnte Exkursion nach Lüttich veranstaltet. Auch in diesem Halbjahr finden einige solcher Touren statt. Europa ist ja im Grunde genommen hier direkt vor Ort im Rahmen der Euregio. Die Welt ist quasi auch ein bisschen in Aachen zu Hause. Das wollen wir mit diesen Migrationsgeschichten verdeutlichen.

Du hast ja schon gesagt, dass in der Beschäftigung mit Europa auch kritische Töne laut werden. Da würde ich gerne noch einmal nachhaken, weil unsere Zeitung sich stets kritisch zu Themen wie Europas Außengrenzen und den unmenschlichen Bedingungen dort auseinandersetzt.

Malte: Vielleicht kann ich da noch auf ein weiteres Angebot hinweisen. Wir machen im Stadtraum, sowie in der VHS, eine Ausstellung von

Stuttgarter Designstudierenden, die sich im Rahmen eines Wettbewerbs damit auseinandergesetzt haben, was EU aus ihrer Sicht heißt. Da sind auch durchaus kritische Plakate dabei: Die Fehlentwicklungen des europäischen Integrationsprozesses, die Migrations- und Flüchtlingsabwehr, das Sterben im Mittelmeer, Frontex und die Demokratiedefizite auf europäischer Ebene werden durchaus thematisiert. Also ganz blind für die Fehlentwicklungen sind wir da nicht.

Das Thema Migrationsgeschichte, beispielsweise in Form des Audioguides, hast Du bereits angesprochen. Für solche Veranstaltungen kann man Bildungsurlaub in Anspruch nehmen. Das spricht explizit Erwerbstätige an. Ist das auch für andere Personen zugänglich?

Malte: Klar! Da können sich auch Leute anmelden, die bereits in Rente sind, die studieren, gerade in Elternzeit oder anderweitig beschäftigt sind. Das richtet sich jetzt nicht nur an erwerbstätige Leute. Der Bildungsurlaub, den wir jetzt anbieten, ist im Prinzip ein Spin Off der Audiotouren, die wir im letzten Jahr produziert haben. Wir wollen fünf Tage lang an unterschiedlichen Orten die Migrationsgeschichte vergegenwärtigen. Wir sind hier in Aachen unterwegs, im Umland von Aachen, aber vor allem auch in Lüttich und Köln. Und ja, es geht um Geschichte und Gegenwart der Migration dieser Region. Und ich freue mich sehr darauf. Man kann sich noch bis zum Sommer anmelden. Wir machen das in Kooperation mit „Arbeit und Leben“ Niedersachsen. Es kommen also auch Leute hierher, die die Euregio noch nicht so gut kennen und da bin ich sehr froh drüber.

Du meinstest vorhin, ihr habt mehrere Schwerpunkte. Europa ist ja ganz offensichtlich einer davon. Du hast einerseits die regionale Migrationsgeschichte benannt. Worauf fokussiert ihr euch noch?

Malte: Wir wollen auch eine Beschäftigung mit der Gegenwart von Arbeitsverhältnissen und Arbeitsbedingungen ermöglichen. Und da haben wir einen Wissenschaftler aus Aachen zu Gast, Daniel Rebbe, der unlängst seine Doktorarbeit zu Konflikten und Alltagsrealitäten im Jobcenter geschrieben hat. Das ist eine Veranstaltung, auf die ich mich sehr freue, weil er ganz aus der Nähe beobachtet hat, wie sich Machtverhältnisse im Jobcenter abbilden – wie da letzten Endes mit dem Leben von Erwerbslosen auch Politik gemacht wird. Eine andere Veranstaltung mit der Geschäftsführerin des Vereins Demokratischer Ärztinnen und Ärzte,

Nadja Rakowitz, analysiert, wie das Gesundheitswesen eine Zwei-Klassen-Medizin hervorbringt, in der die Gesundheit vom Geldbeutel abhängig ist. Das sind alles Veranstaltungen, glaube ich, die auch Tacheles-Leser:innen interessieren würden.

Tatsache! Auch ich habe mir bereits die ein oder andere Veranstaltung dick im Kalender angestrichen. Einmal den Bildungsurlaub zur euregionalen Migrationsgeschichte und die beiden Veranstaltungen zum Jobcenter und zur Gesundheitspolitik. Aber ein Blick in euer Programm verrät durchaus weitere Angebote, etwa mit geschichtlichem Bezug.

Malte: Oh ja, eine interessante Veranstaltung, die für Tacheles-Leserinnen und -Leser vielleicht spannend sein könnte, ist eine von mir selbst geführte Fahrradtour durch Köln zur widerständigen Geschichte der Kölner Edelweißpiraten während der NS-Zeit. Das ist jetzt kein ganz unbekanntes Thema mehr. Die Edelweißpiraten sind ja inzwischen in die kölsche Erinnerungskultur eingemeindet worden, aber das war jahrzehntlang nicht so. So wurden sie in der Nachkriegszeit noch als Kriminelle verfeimt und hatten mit dem Ruf zu kämpfen, den die Nazis über sie produziert hatten. Bevor quasi am Nachmittag im Kölner Friedenspark das Edelweißpiratenfestival beginnt, werden wir eine dreistündige Stadttour durch Köln machen, mit unterschiedlichen Stationen. Dort werden wir an den Widerstand oder Nonkonformismus aus der großstädtischen Arbeiterjugend während der NS-Zeit erinnern. Das ist natürlich auch immer kostenlos. Es ist mir wichtig zu sagen, dass unser politisches Bildungsprogramm kein Geld kosten soll. Dass allein das Interesse darüber entscheiden soll, ob man Lust hat, daran teilzunehmen oder nicht. Es soll auf keinen Fall am Geldbeutel scheitern.

Okay, also Fahrrad mitnehmen im Fahrradwaggon und dann ab nach Köln. Dann danke ich Dir für dieses Interview und die Einblicke in ausgewählte Veranstaltungen des VHS-Programms für das erste Halbjahr 2024. Die Audiotour zur Migrationsgeschichte gibt es außerdem auf der Homepage der Aachener VHS zu finden. Wenn ihr außerdem mehr über das Beantragen von Bildungsurlaub erfahren wollt, schaut doch mal in der Tacheles Ausgabe 05 nach. Die Kolumne „Tipps und Tricks im Arbeitsrecht“ gibt dort weitere Auskunft.

Mikesch



Ausschnitt aus einem Wandbild in Erinnerung an durch die Nazis ermordete Edelweißpiraten in Köln Ehrenfeld. Zu den Edelweißpiraten, unangepassten und widerständigen Jugendgruppen während der NS-Zeit, gibt es eine Exkursion nach Köln. (Bild: Julian Weller)

Hanau ist überall

Redebeitrag zur Demo gegen Rechtsextremismus am 24.02.2024

Am vergangenen Montag, am 19. Februar, jährte sich das rassistische Attentat von Hanau zum vierten Mal. Bei diesem Attentat wurden 9 Menschen aus rassistischen Motiven getötet.

Ferhat Unvar
Said Nesar Hashemi
Hamza Kenan Kurtovic
Kaloyan Velkov
Sedat Gürbüz
Vili Viorel Păun
Fatih Saraçoğlu
Mercedes Kierpacz
Gökhan Gültekin

Kennt ihr ihre Namen?

Erinnert ihr euch noch an den Moment, als ihr von Hanau erfahren habt? Wart ihr Karneval feiern, als andere weinten? Habt ihr den Opfern gedacht?

Hanau hätte eine Zäsur sein sollen. Daher fragen wir, wo wart ihr in Hanau, und wo wart ihr am 19. Februar?

Für uns und viele Menschen der migrantischen Community war Hanau wie ein ganz persönliches 9/11. Wir alle können uns noch genau an den Moment erinnern, an dem wir von dem Anschlag erfahren haben. Was wir gemacht haben, was wir gedacht haben, was wir gefühlt haben.

In diesem Moment ist etwas in uns zerbrochen. Unser konstruiertes Bild von Zugehörigkeit, von Identität, von Sicherheit ist wie ein Kartenhaus in sich zusammengebrochen. Doch statt unsere Wunden lecken zu können, wurde der Schmerz von Tag zu Tag stärker. Denn während der Schmerz weitestgehend in der migrantischen Community präsent war, für die die Welt wie stehengeblieben

schien, wurde er noch von dem Gefühl verstärkt, damit allein zu sein. Unser Schmerz wurde dadurch verstärkt, dass unsere weißen Freund*innen und die Menschen, die wir für unsere Verbündeten hielten, unbeschwert Karneval feierten. Er wurde dadurch verstärkt, dass die Schweigeminute während der Gedenkkundgebung hier am Elisenbrunnen mit "Heil Hitler"-Rufen von betrunkenen Karnevalisten gestört wurde.

Er wurde verstärkt durch die Berichterstattung, die von „Fremdenfeindlichkeit“ sprach und unser Selbstverständnis in diesem Land mit Füßen trat. Dabei waren die Opfer – wie wir – mehrheitlich hier geboren und aufgewachsen. Und dieser Schmerz wurde verstärkt mit jedem neuen Detail, das über den Tathergang ans Licht kam.

Wie durch den unbeschreiblichen Schmerz über die rassistische Kontinuität in Deutschland, dass Mercedes Kierpacz' Uropa in Auschwitz vergast wurde und sie 80 Jahre später in Hanau von einem Rassisten getötet wurde.

Ein endloses „was wäre, wenn...“

Was wäre, wenn der Notausgang der Arena Cafe & Bar nicht verriegelt gewesen wäre und Hamza Kurtovic und Said Nesar Hashemi hätten fliehen können.

Was wäre, wenn die Polizei Vili Viorel Păuns Anrufe entgegengenommen hätte, als er eigenständig den Täter aufhalten wollte.

Der Schock darüber, dass 13 der 19 Polizeibeamten, die in der SEK-Einheit in der Tatnacht in Hanau im Einsatz waren, in rechtsextremen Chatgruppen waren. Und dennoch ist die Bilanz des Untersuchungsausschusses letztendlich „gute Polizeiarbeit“.

Wir haben uns heute hier versammelt, um gegen die AfD zu protestieren. Doch wir müssen uns darüber bewusst werden, dass die AfD nur eines der rechten Phänomene ist, denen wir uns heute und jeden Tag entgegenstellen müssen. Rechtes Denken und rassistische Praxis findet sich nicht nur am rechten Rand des Spektrums, sondern in der gesamten politischen Landschaft.

So schön und wichtig es ist, gegen die AfD hier zu sein, ist es natürlich die Mindestanforderung einer demokratischen Haltung, gegen antidemokratische Tendenzen zu sein, die Rassismus, Antisemitismus und Faschismus heute noch bedeuten. Protest ist unglaublich wichtig, aber wir müssen reden. Über Aufrichtigkeit, über Motive, über Zusammenhänge.

Und daher erinnern wir auch heute an Hanau, wir erinnern auch heute an Halle, wir erinnern an die Opfer des NSU und die der Pogrome und Brandanschläge der 90er Jahre. Denn all diese sind Beweise dafür, dass auf rechte Worte rechte Taten folgen. Was mit einem rechten und rassistischen Narrativ anfängt, endet mit bewaffneten Rechtsextremen.

Seit den Correctiv-Enthüllungen sind mehr als eine Million Menschen gegen rechts und für die Verteidigung der Demokratie auf die Straße gegangen. Für viele waren diese Enthüllungen ein Erwachen. Doch wie aufrichtig ist dieses Erwachen? Wie aufrichtig ist das Erwachen, wenn bei diesen Demonstrationen auch die Parteien mitlaufen, die Asylverschärfungen und Kriminalisierung von migrantischen Menschen mittragen?

Wie aufrichtig sind Proteste, die eine diverse, bunte Gesellschaft feiern, wenn in diesem Land Menschen mit angespanntem Blick Ausschau halten

und sich damit beschäftigen müssen, ob sie die Polizei rufen können, wenn ihnen etwas passiert? Wie aufrichtig sind witzige Plakate gegen rechts, die stolz hochgehalten werden, wenn Menschen in diesem Land durch rechte Gewalt real bedroht sind? Wie aufrichtig sind Trauerbekundungen, wenn vorbehaltlos nach dem Anschlag in Hanau Menschen in lustige Verkleidungen schlüpfen und auf den Straßen laut sein konnten, während so viele von uns gelernt haben möglichst unauffällig zu bleiben? Wir können diese Merkmale, die uns zur Zielscheibe von Diskriminierung machen, nicht wie eine Verkleidung ablegen.

All das wissend: wie kann das Gefühl der Zugehörigkeit wieder aufgebaut werden? Die Behörden und die Politik haben in Hanau versagt und deutlich gemacht, dass es ihnen nicht wirklich ein Anliegen ist, ein nächstes Hanau zu verhindern. Es ist der unermüdlichen Arbeit der Angehörigen der Opfer und der Überlebenden des Anschlags zu verdanken, dass die Recherchen zum Behördenversagen angestoßen wurden und der Untersuchungsausschuss einberufen wurde. Doch eine aufrichtige Aufarbeitung und politische Konsequenzen bleiben noch immer aus.

Die Antwort darauf kann nicht, wie in Hanau, Betroffenenarbeit sein. Einmal mehr fordern wir aufrichtige Verbündete. Wir wollen Erinnern, Verändern und politische Konsequenzen. Sodass sich Hanau nicht wiederholt.

Sofia Eleftheriadi-Zacharaki und Defne Erel

Die Freie Arbeiter*innen Union

Eine Gewerkschaft für Solidarität und Gerechtigkeit

Wir von der FAU Aachen sind eine kleine Gewerkschaft, die sich für die Rechte und Interessen der Arbeitnehmer*innen einsetzt. Dabei profitieren unsere Mitglieder von einer aktiven Gemeinschaft, in der sie sich gegenseitig unterstützen und Solidarität erfahren. Zu unseren Tätigkeiten gehören derzeit Erstberatungen und die Begleitung vor Gericht. Das dazu notwendige Wissen haben wir uns selbst angeeignet und geben es bei internen Bildungen an neue Mitglieder weiter. Zusätzlich versuchen wir, durch das Gründen von Betriebsgruppen die Arbeitsbedingungen über die derzeitigen Standards zu verbessern. Das bedeutet konkret, dass wir für einzelne Betriebe beispielsweise Haustarifverträge abschließen, indem wir genügend Mitglieder dort haben, um unsere Forderungen durchzusetzen.

Vernetzung

Die Freie Arbeiter*innen Union organisiert sich deutschlandweit und ist darüber hinaus auch mit Gewerkschaften in anderen Ländern vernetzt. Innerhalb Deutschlands gibt es verschiedene Formen der gegenseitigen Hilfe, beispielsweise bei der Unterstützung im Arbeitsrecht oder während der jährlichen Sommerschule, die Seminare zu verschiedensten Themen im Gewerkschaftskontext anbietet.

Anspruch

Wir sind eine Gewerkschaft mit dem Anspruch, die Gesellschaft zu verändern. Doch unsere alltägliche Praxis ist nicht vom großen Spektakel begleitet – Holger Marcks, ein zeitgenössischer Theoretiker, der sich unter anderem mit dem Syndikalismus beschäftigt, bezeichnet die Revolutionstheorie der Syndikalist*innen und damit der FAU „als das Langweiligste der Welt“ 1. Diese besteht vor allem aus den Kämpfen im Betrieb, dem Aufbau revolutionärer Gewerkschaften und der gegenseitigen Hilfe – welche wir derzeit durch

das Einfordern von Arbeitsrecht praktizieren. Nach 50 Jahren Neoliberalismus steht es um die meisten Gewerkschaften schlecht, daher müssen wir in müßiger Kleinstarbeit diese notwendige, langweilige Arbeit verrichten. So schaffen wir eine Basis, um die Arbeitgeber*innen wieder unter Druck setzen zu können.

Beispiele/Konflikte

Unsere Praxis besteht zum großen Teil aus dem Einreichen von Klagen, welche in einigen Fällen von Öffentlichkeitsarbeit begleitet werden. Dies hat beispielsweise in unserem Arbeitskonflikt mit den Cpresso Kiosks stattgefunden. Einer der Chefs hatte versucht, unserer Genossin ohne jeglichen Grund zu kündigen. Dies

bekam aber nicht so richtig hin, da er sie nur aus der WhatsApp-Gruppe entfernte und ihr keine Schichten mehr zuteilte. Über Monate bauten wir Druck auf, begleitet von Wandzeitungen, einer Kundgebung vor seinem Hauptkiosk und anderen Eskalationsmethoden. Das Ergebnis: circa 3.600 € Lohnnachzahlung, die wir vor Gericht mit unserer Genossin erkämpft haben. Ein weiterer Rechtsstreit, der nun ausgetragen wird, ist der gegen den Inhaber des „Eismännchen“-Eiswagens. Nachdem unser Mitglied beleidigt wurde und Hausverbot erteilt bekam, schaffte der Chef es auch hier nicht, rechtlich bindend zu kündigen. So blieb uns nichts anderes übrig, als eine Kündigungsschutzklage einzureichen. Der Inhaber verschleppt diesen Prozess mittlerweile

seit über einem halben Jahr – und verzehnfachte so den ausstehenden Lohn. Da wir uns vor Gericht selbst vertreten, entstehen für uns keine Anwaltskosten

Andere Tätigkeiten

Um unter anderem unsere Neumitglieder auf herausfordernde Situationen vor Gericht vorzubereiten, treffen wir uns zu wöchentlichen Arbeitstreffen. Hier werden auch die Klagen und Eskalationsstrategien vorbereitet. Da wir uns im Zweifelsfall aber auch stark aufeinander verlassen müssen, ist es wichtig, dass wir uns gut kennen und verstehen. Monatlich veranstalteten wir daher gemeinsame Kochabende mit Filmvorführung und planen, in den nächsten Wochen mit einem regelmäßigen Kneipenabend zu starten. So entstehen durch die gemeinsame Arbeit in Verbindung mit Freizeitangeboten auch Freundschaften, ein solidarisches Miteinander und außerdem machen wir die Revolution etwas weniger langweilig.

Unsere Erfahrungen im Arbeitskonflikt zeigen uns: Die anscheinend so mächtigen Arbeitgeber*innen haben oft genug keine Ahnung und es lohnt sich ihnen die Stirn zu bieten. Also, wenn ihr euch auf der Arbeit unfair behandelt fühlt, kommt zu uns und organisiert euch!

FAU Aachen



Eindrücke von der Kundgebung beim Kiez Kini in Aachen am 01.12.2023.

(Bild: Privat)

Flachwitze mit Torben

Wie bekommt man empathisches Getreide?

Man pflanzt Einfühlsamen.

Cold Comfort Collective

Ein freies Kunstkollektiv gegründet von 5 Jungen Künstler*innen

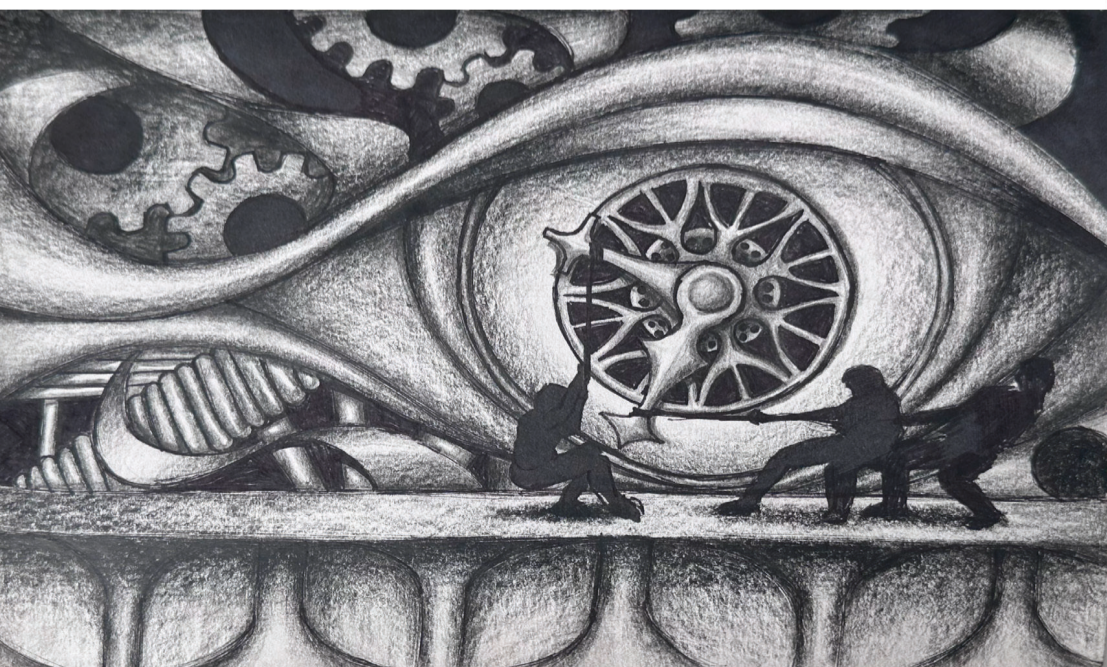


Cold Comfort?

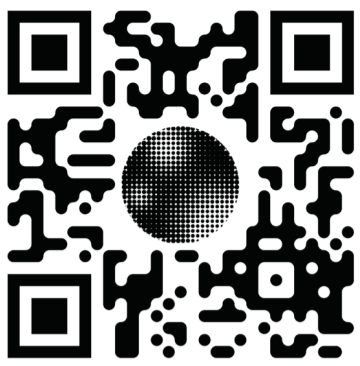
In einer Welt, in der ein Lifestyle aus Luxus und Kaltherzigkeit zum monotonen Dauerprogramm geworden ist, haben sich fünf junge, ambitionierte Künstler*innen zusammengefunden, um sowohl Kleines als auch Großes zu schaffen. Während Krieg, Ausbeutung und Unrecht geschehen, sitzen wir in unserer Werkstatt und schwingen die Stifte, um etwas Vollendetes zu schaffen. Dabei greifen wir szeniastisch und unverfroren die Themen der Neuzeit auf und nähren uns am Funken der gemeinsamen Passion. Denn auch wenn der/die Betrachter*in im Anblick unserer Arbeit hohe Kunst, billigen Kitsch,

emotionale Tiefe oder nur eine hübsche Zeichnung sehen könnte, geht es bei Cold Comfort um etwas anderes. Es geht um den Prozess der gemeinsamen Arbeit, um das Kreieren mit Einfluss von Freundschaft und gleicher Gesinnung und die strikte Idee, einfach zu tun, was möglich ist und sich richtig anfühlt.

Kurz gesagt: Es geht um den wohltuenden Komfort, den wir gemeinsam in einer kalten Welt finden konnten. Sich den eigenen Raum zurück nehmen. Und es soll jener sein, der bei unserer Ausstellung vom 22. – 24. März 2024 zu sehen sein wird.



Außerdem bedanken wir uns herzlich bei Liza und Fab, die uns diese Doppelseite ermöglicht haben.



Wie kam es zum Kollektiv?

Im Frühjahr 2023 schlossen drei junge, ambitionierte Künstler*innen die Schule und/oder Ausbildung am Berufskolleg für Gestaltung und Technik ab. Noch eine Zigarette und ein Glas Sekt, dann begann für jene Personen der Aufbruch ins Leben nach der Schule. Nun wird einem schnell bewusst: Im Jahr 2024 ist das Ganze gar nicht so unkompliziert und einfach,

wie man sich das vorher gedacht hätte. Schließlich beschlossen ein paar Freund*innen an einem Rotwein getränktem Krimidinner-Abend, dass es vernünftig klänge, sich jeden Donnerstag zu treffen, um gemeinsam produktiv zu sein. Also verbrachten wir jeden Donnerstag mit Kaffee und Fineliner gemeinsam am Tisch unseres Stamm-Cafés. Was zu diesem Zeitpunkt aussah wie eine Beschäftigungstherapie, sollte sich entwickeln und Stück für Stück ein Ventil für Kreativität und das gemeinsame Schaffen werden. Nun fingen andere

Leute (Max) an, sich für unsere Arbeit zu interessieren und bevor wir uns versahen, wurde uns die Werkstatt vom bekannteren „Not Human Kollektiv“ bereitgestellt. Nun, wenn einem solche Möglichkeiten und so positive Resonanzen entgegenkommen, stellt man sich eine Frage: „Machen wir das jetzt zum Spaß oder machen wir das jetzt richtig?“ Die Antwort auf diese Frage zeichnet sich nun auf der Doppelseite klar und deutlich ab.



[4]

[5]



[6]



Zukunftspläne

Wie oben schon beschrieben, geht es bei Cold Comfort um den Prozess des gemeinsamen (Er-)Schaffens. Deshalb arbeiten wir an unserer Online-Präsenz und daran, eine Möglichkeit zu finden, in regelmäßigen Abständen eine offene Session zu veranstalten, in der jede*r, der/die Zeit, Lust und eigene Materialien (aus Kostengründen) mitbringt, etwas Eigenes schaffen

kann oder auch nur um mit Gleichgesinnten kreativ zu sein. Außerdem steht unsere erste Ausstellung vor der Tür, zu der jede*r von euch herzlich eingeladen ist, mit dem Ziel, dass es nicht die letzte ist.

Um weiterhin informiert zu bleiben, folgt gerne unseren Social-Media-Kanälen und passt gut auf euch auf.

[4] „Protection“ von Laura Lila
 [5] „Overwhelmed“ von Sophia Momot

[6] „Die Offenbarung“ von Simon Klemann

►►► Fortsetzung von Seite 2

GEAS – EU-Asylreform stoppen“ und „Stop deportation“-Graffiti tauchen am Karman Auditorium auf.

27. Januar: Demos gegen Rechts von verschiedenen Gruppen. In Aachen sind über 20.000 Menschen gegen AfD und Rechtsruck auf der Straße. Am Internationalen Holocaustgedenktag wird gemeinsam für Demokratie und gegen Faschismus demonstriert.

27. Januar: In Eschweiler demonstrieren 5.000 Menschen gegen AfD und Rechtsruck.

27. Januar: Über 5.000 Menschen sind gegen AfD und Rechtsruck in Düren auf der Straße.

23. Januar: „Stop Geas“ Banner taucht am Moltkepark auf.

20. Januar: „Antifa stays united“-Demo mit ca. 12.000 Teilnehmer*innen zieht lautstark durch die Stadt. „Siamo tutti antifascisti!“

19. Januar: „Antifa stays united“ Graffiti taucht in der Innenstadt auf.

17. Januar: Die Antifa Jugend Aachen hängt nach den Veröffentlichungen der Correctiv-Recherchen ein Banner mit Werbung für die Antifa-Demo am 20. Januar und ein Banner mit der Aufschrift „Kein Fußball den Faschisten!“ in der Nähe des Tivolis auf.

14. Januar: Auf einem Soli-Foto mit Bengalos und Transparent zeigen sich Menschen solidarisch mit den angeklagten Personen in den Block Neurath Prozessen. „Gerichte sind zum Essen da!“

13. Januar: Propalästinensische Demo in Aachen mit ca. 250 Menschen.

11. Januar: Zum Jahrestag der Räumung von Lützerath wurde das Grünen Partei Büro in Aachen mit Farbe markiert. „Lützi Lebt“.

30. Dezember: Propalästinensische Demo in Aachen mit ca. 200 Menschen.

19. Dezember: 15 Meter langes „Antifa stays united“ Graffiti taucht gegenüber vom CARL auf, daneben werden „Soligrüße nach FFM“ geschickt mit dem Zusatz „Dondi lebt!“

19. Dezember: Die Antifa Jugend Aachen solidarisiert sich auf einem Solifoto mit Pyro und einem Banner mit der Aufschrift „Bullen runter vom Dach“ mit der besetzten Druckerei in Dondorf.

16. Dezember: Ca. 50 Menschen demonstrieren am Elisenbrunnen für Frieden im Nahen Osten und gedenken allen Opfern des Konflikts.

16. Dezember: Mahnwache von Seebrücke Aachen am Weihnachtsmarkt, um Spenden für Seenotrettung zu sammeln. „Asylrecht verteidigen! - Fluchtursachen bekämpfen, nicht die Flüchtenden!“

14. Dezember: Filmabend und Austausch in der Raststätte. Das Bürger*innen-Asyl Aachen zeigt den Film „The Game – Spiel zwischen Leben und Tod“. Der Film behandelt die humanitäre Krise an der bosnisch-kroatischen Grenze.

10. Dezember: Zum Tag der Menschenrechte hält Amnesty International eine Mahnwache in Aachen ab.

09. Dezember: Propalästinensische Demo in Aachen mit ca. 150 Menschen.

09. Dezember: Enthüllung einer Gedenktafel der „Wege gegen das Vergessen“. Gewidmet ist diese den durch das Naziregime verfolgten Sinti*zze, Rom*nja & Jenischen.

01. Dezember: Kundgebung vor dem Kiez Kini in Aachen, organisiert von der FAU Aachen. Es wird die Auszahlung des ausstehenden Lohns und Urlaubsgeldes, sowie der respektvolle Umgang mit den Beschäftigten gefordert.

►►► Weiter auf Seite 16

Damals – Jetzt

Dumme sterben niemals aus

Dumme sterben niemals aus!“ sang Manuela (Doris Wegner) 1966 auf ihrer Hitsingle. Das Lied erzählt von einem großmäuligen Jungen, der massiv prahlt, sich für „den Größten“ neben dem damaligen Automobil - Rennweltmeister Stirling Moss hält; im übrigen „Whiskey pur“ trinkt und „weiß genau, das schadet nur“. Wer jemals mit AfD-Anhang sprach: Da bekommt man großmäulige Besserwisseri vorgetragen, als Ausdruck der „Normalität“. **Simplifizierung als Problemlösung, gelassen über allen Einwänden stehen, maximal provozieren.** Die Inhalte rechtsradikaler (etc.) extremistischer Überzeugungen sind IDENTITÄTS-KONSTITUTIV. Was bedeutet, die Interessen des eigenen Volkes gelten im nationalen Sinn als vorrangig. Etwas, welches unbestreitbar als richtig zu gelten hat. Das NATIONALE hat jedoch im Kern als PROBLEMATISCH zu gelten. Mittlerweile sieht auch eine Mehrheit der britischen Bevölkerung ein, wie fatal der BREXIT für das Alltagsleben ist. Wobei Frau Le Pen in Frankreich den EU-Austritt will, WILDERS für die Niederlande sowie die AfD für Deutschland.

KEINE RIESEN-DEMO auf dem ADALBERTSTEINWEG oder in PREUSSWALD ERINNERUNGSKULTUR möchte „Aus der Geschichte lernen, die Demokratie stärken.“ (SZ 6.2.2024). Für jene Menschen, die im Sommer 2023 auf dem Marktplatz vor dem Aachener Rathaus gegen die Wahlkampfreden von AfD-Kandidat Kraal lärmten sowie im Januar an zwei Samstagen mit über 10.000 Menschen contra AfD und weitere Rechtsextreme demonstrieren, ist die Lehre angekommen. Jedoch ein breiter Teil der entpolitisierten Bevölkerung mit hohen Heizrechnungen, in relativ schlechten Mietwohnungen, vielfach finanziert durch stressige Berufe, oder alleinerziehende Elternteile konfrontiert mit dem Schulsystem (usw.) hat da nicht so viel Zustimmung. Die ABGEHÄNGTEN haben eine

eigene Deutung über „Massenprotest fordert Parteien heraus“ (SZ 5.2.2024) den sie im TV gezeigt bekommen. Ironischerweise gehören diese Menschen

Zweck der Abnutzung der ukrainischen Verteidiger vor deren Waffen (oft aus Lieferung der NATO-Länder).



DAZULERNEN A LA NIEDERLANDE

Das positive Vorurteil der besonders toleranten niederländischen Gesellschaft wird bei gutem Verständnis, schon bei Aufenthalt in grenznahen Städten wie Vaals und Kerkrade korrigiert. Dort fallen die unzufriedenen PVV-Wähler leicht auf. Aufhänger sind da Marokkaner und auch die Türken von Orhans Eurokiosk. Fremd ist nicht beliebt in Blijherheide, Stadtteil von Kerkrade, dort war die PVV schon vor 10 Jahren eine Partei mit über 30 %. Wer erreicht hier wen NICHT MEHR? Hier zeigt ein Interview der VOLKSKRANT vom 5.3.2011 mit der rechtsliberalen VVD-Coryfee Frits BOLKESTEIN. „Wilders ist extrem, das wirkt in den Niederlanden nicht auf die lange Dauer.“ Seit der letzten Reichstagswahl 2023 ist die PVV (hat nur ein einziges

Mitglied: Wilders - aber 27% Wähler, ist also stärkste Fraktion) plötzlich gegen manche Erwartung, oder gar Wunschdenken in die Machtrolle gekommen. In „Budel Politische Gesetze, die für andere Parteien gelten, gelten nicht für die PVV“ schreibt Kommentator Toine in der Volkskrant vom 1.2.2024. „Die PVV hat keine Mitglieder, sondern Fans... Die PVV ist eine Partei, die beinahe unsichtbar operiert, niemals erreichbar ist für Fragen und sich wütend zurückzieht auf die eigene Rechthaberei.“ REALPOLITIK

„Ist die 1,5 Grad-Grenze schon überschritten? Forscher meinen, dass die Erderwärmung deutlich früher begonnen hat als bislang vermutet.“ (SZ 6.2.2024) Die feste Haltung extrem rechter Parteien ist es, solche Sachverhalte geradeheraus zu leugnen. Wiederum ein Verweis darauf, wie sich RECHTSRADIKALE ELITEN der REALPOLITIK entziehen, mit dem Kniff schlichter Leugnung.

Soweit die heutigen Erinnerungen. Unbestreitbar ätzend. Zeit für Initiative.

Theo Trickbeat

Kein Einzelfall

Tödlicher Passageversuch via Eurostar

Erneut endete der Versuch eines Exilierten, unentdeckt die Grenze nach Großbritannien zu passieren, tödlich. Der fatale Unfall ereignete sich im Pariser Abfahrtbahnhof des Hochgeschwindigkeitszugs Eurostar, der durch den Kanaltunnel direkt nach

Großbritannien fährt. Es ist der achte Todesfall im Zusammenhang mit der kanalübergreifenden Migration seit Jahresbeginn.

Wie die Zeitung Le Parisien und andere französische Medien berichten, starb der Exilierte am Abend des 8. Februar 2024 auf dem Pariser Bahnhof Gare du Nord: „Ein Mann überquerte unerwartet die Gleise der Bahnsteige 12 und 13. Die fragliche Person kletterte auf einen am Gleis 14 abgestellten Zug eines TGV ‚Eurostar‘ und befand sich danach auf dem Waggondach, wie aus einer Polizeiquelle zu erfahren war. Das Opfer starb an einem Stromschlag, nachdem sich zwischen seinem Körper und der Oberleitung ein Lichtbogen gebildet hatte.“ Auf Überwachungskameras sei zu erkennen, dass sich die Person vor dem tödlichen Stromschlag aufgerichtet habe.

Kurz nach dem Unfall stellten Rettungskräfte den Tod des Mannes fest, dessen Identität aufgrund starker Verbrennungen unklar sei. Erste Ermittlungen hätten jedoch ergeben, „dass es sich bei dem Opfer um einen Migrant handelte“,

so die Zeitung. Sie weist darauf hin, dass dies nicht der erste Fall sei, bei dem Exilierte „beim Versuch, die Grenze auf dem Dach eines Eurostars zu überqueren, schwer verletzt werden.“

Die seit Herbst 2023 zu beobachtende Häufung von Todesfällen an Land wie auch auf See setzt sich damit fort. Von den jüngsten Todesfällen ereignete sich noch ein weiterer im Zusammenhang mit dem Zugverkehr durch den Kanaltunnel: Am 9. Dezember 2023 war auf dem Güterbahnhof Fréthun bei Calais, der zur Infrastruktur des Kanaltunnels gehört, ein Exilierte durch einen Stromschlag gestorben. Am 25 März 2022 war in Valenciennes ein eritreischer Exilierte unter ähnlichen Umständen durch einen Stromschlag getötet wurden wie nun in Paris.

Calais Bordermonitoring

Dieser Text wurde bereits auf dem Blog calais.bordermonitoring.eu veröffentlicht. Dort finden sich Informationen vor allem zur Situation im kontinentaleuropäisch-britischen Migrationsraum.



Eurostar zwischen Frankreich und Großbritannien. (Bild: independent.co.uk)

Eine toxische Verheißung

Das „Ruanda-Modell“ in den Europawahl-Programmen deutscher Parteien – ein Überblick

Seit dem 13. April 2022 verfügt Großbritannien über eine Vereinbarung mit Ruanda. Sie soll *Channel migrants* – also Geflüchtete, die den Ärmelkanal in Schlauchbooten überqueren den Zugang zu einem britischen Anerkennungsverfahren verwehren und sie gegen ihren Willen in das afrikanische Land transportieren, wo sie dann ein Verfahren nach dortigem Recht durchlaufen können. Als am 14. Juni ein erster Abschiebeflug nach Kigali abheben sollte, stoppte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte dies buchstäblich im letzten Moment. Seither hat die britische Regierung den Ruanda-Deal in das Zentrum eines neuen Migrationsgesetzes, des *Illegal Migration Act 2023*, gestellt und ein weiteres Abkommen mit Ruanda abgeschlossen, nachdem auch britische Gerichte die das Vorhaben gestoppt hatten. Bis März 2023 sind britischen Medien zufolge mindestens 370 Millionen Pfund an Ruanda gezahlt worden. Dennoch konnte bislang kein einziger Abschiebeflug durchgesetzt werden. Faktisch ist das Ruanda-Modell also gescheitert. Dennoch hielt der dominierende rechte Parteiflügel der Tories, also der britischen Regierungspartei, an dem Vorhaben fest und nutzte es als Motor für seine weitere Radikalisierung. Politiker_innen dieses Flügels fordern inzwischen etwa ein Gesetz zum Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Menschenrechtskonvention oder erklären offen heraus, sich nicht mehr an gerichtliche Entscheidungen halten zu wollen. Zwar ist dies nicht zur Regierungslinie geworden, zeigt aber, dass sich der rechte Flügel der Tories zu einem britischen Gegenstück der AfD entwickelt haben. Der Ruanda-Deal ist zu einem Symbol ihres rechtsextremen Projekts geworden. Die Idee, Geflüchteten auch in Deutschland den Zugang zu Anerkennungsverfahren zu nehmen, sie stattdessen zu inhaftieren und dann in eine ehemalige deutsche Kolonie – Ruanda war bis 1918 Teil der Kolonie Deutsch-Ostafrika – abzuschicken, war bis zum Sommer 2023 keine ernsthaft diskutierte Option deutscher Migrationspolitik. Ausgehend von der AfD, haben dennoch mehrere deutsche Parteien die Idee in die Programme aufgenommen, mit denen sie zur Europawahl am 6. Juni 2024 antreten. Es sollte den Rechtsextremen überlassen sein, diesen Schritt als Erste zu gehen: Die AfD verabschiedete auf ihrer Europawahlversammlung am 29./30. Juli und 4.-6. August 2023 ein Europawahlprogramm mit dem Titel Europa neu denken. Eingebettet in die völkisch-nationalistische Ideologie der Partei, griff sie explizit den britischen Ruanda-Plan auf:

„Falls Asylbewerber trotz des Grenzschutzes nach Deutschland gelangen, müssen ihre Asylverfahren in einem dazu bereiten Drittstaat durchgeführt werden, wo sie im Falle der tatsächlichen Schutzbedürftigkeit auch Aufnahme finden („Ruanda-Modell“).“ [S.14]

Zu diesem Zeitpunkt war bereits mehr als ein Jahr vergangen, seit der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte den ersten Abschiebeflug der britischen Regierung nach Ruanda per Eilentscheidung gestoppt hatte. Wenige Wochen vor dem AfD-Parteitag hatte ein britisches Gericht den Ruanda-Plan grundsätzlich für rechtskonform, in Teilen jedoch für rechtswidrig erklärt. Eine höchstinstanzliche Entscheidung stand jedoch aus und es war absehbar, dass bei einem weiteren Abschiebeversuch erneut der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte angerufen werden würde. Entgegen anderslautender Behauptungen der britischen Regierung hatte sich der UNHCR gegen den Ruanda-Plan positioniert. Daher wäre es für die demokratischen Parteien in der Bundesrepublik ein Leichtes gewesen, sich genau dieses Thema nicht zu zeigen zu machen. Stattdessen griff die CDU es im Zuge ihres konservativen Rollbacks auf. In medialen Statements bezogen sich im Herbst 2023 prominente Politiker der CDU (etwa Hendrik Wüst, Jens Spahn und Thorsten Frei) und CSU (etwa Alexander Dobrindt) positiv auf das britische Konzept, ebenso Politiker der FDP (etwa Christian Dürr und der Migrationsbeauftragte der Bundesregierung, Joachim Stamp) sowie vereinzelte Stimmen in der SPD. Ruanda wurde damit zu einer ernsthaft, wenngleich kontrovers,

debattierten Option deutscher Migrationspolitik, deren (angebliche) Notwendigkeit u.a. mit der (realen) Gefährdung der Demokratie durch die AfD begründet wurde. In diesem Klima forcierten Teilnehmer_innen der Bund-Länder-Besprechung vom 9. November 2023 das Thema, indem sie einen (bis heute ergebnislosen) Prüfauftrag an die Bundesregierung richteten:

„Die Bundesregierung wird prüfen, ob Asylverfahren außerhalb Europas möglich sind. Geprüft werden soll, ob die Feststellung des Schutzstatus von Geflüchteten unter Achtung der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention zukünftig auch in Transit- oder Drittstaaten erfolgen kann.“

Etwa zur selben Zeit gelangten Passagen eines neuen Grundsatzprogramms an die Öffentlichkeit, mit dem sich die CDU durch eine betont konservative Neuausrichtung von der pragmatischen Ära Merkel abgrenzt. Die Partei griff dabei zu einer disruptiven Rhetorik des Systemwechsels, wie wir sie vom rechten Flügel der britischen Tories und von rechtsextremen ‚Alternativ‘-Parteien wie der AfD kennen. So fordert das Papier nicht nur die Auslagerung der Asylverfahren in in Drittstaaten, sondern lehnt das individuelle Asylrecht als solches ab – eine Forderung, die den Rahmen des internationalen Flüchtlingsrechts wie auch des nationalen Verfassungsrechts bricht. Das Papier mit dem Titel *In Freiheit leben*. Deutschland sicher in die Zukunft führen wurde am 15. Januar 2024 vom Bundesvorstand der CDU einstimmig verabschiedet, soll zwischen dem 27. Februar und 22. März auf sechs Grundsatzprogramm-Konferenzen – der „Deutschlandtour“ – in Berlin, Hannover, Köln, Mainz, Chemnitz und Stuttgart von den Mitgliedern diskutiert und auf dem Bundesparteitag am 6. bis 8. Mai final beschlossen werden. Im Programmentwurf heißt es:

„Wir wollen das Konzept der sicheren Drittstaaten realisieren. Jeder, der in Europa Asyl beantragt, soll in einen sicheren Drittstaat überführt werden und dort ein Verfahren durchlaufen. Im Falle eines positiven Ausgangs wird der sichere Drittstaat dem Antragsteller vor Ort Schutz gewähren. Dazu wird mit dem sicheren Drittstaat eine umfassende vertragliche Vereinbarung getroffen.“

Auf ihrem Europaparteitag am 28. Januar 2024 verabschiedete auch die FDP ein Europawahlprogramm (Europa. Einfach. Machen. Entfesseln wir Europas Energie für mehr Freiheit und mehr) das die Exterritorialisierung der Asylverfahren beinhaltet. Darin heißt es:

„Wir wollen, dass Asylbewerber zur Bearbeitung des Asylverfahrens in sichere Drittstaaten überführt und bis zur Anerkennung des Asylantrags im Drittstaat untergebracht werden können – unter Gewährleistung humanitärer und rechtsstaatlicher Standards.“

Und an anderer Stelle:

„Wir wollen die Prüfung von Asylanträgen in Drittstaaten ermöglichen. So können Betroffene dort ausloten, ob sie eine Bleibeperspektive in der EU haben und gegebenenfalls auf eine gefährliche Flucht verzichten. Selbstverständlich unter Achtung der Genfer Flüchtlingskonvention und der Grund- und Menschenrechte.“

Einen Tag zuvor, am 27. Januar 2024, hatte sich der Verein Bündnis Sahara Wagenknecht (BSW) als Partei konstituiert. Das am gleichen Tag beschlossene Europawahlprogramm fordert ebenfalls die Auslagerung der Asylverfahren in Drittstaaten:

„Rechtsstaatliche Asylverfahren an den Außergrenzen und in Drittstaaten wären der sicherste Weg, denjenigen, die wirklich Schutz benötigen, den Weg in die

EU zu öffnen, auch wenn sie die finanziellen Mittel zur Bezahlung der Schlepper nicht aufbringen können, und all denjenigen, die kein Recht auf Asyl und daher eine Bleibeperspektive haben, den lebensgefährlichen und teuren Weg zu ersparen.“

Diese antimigrantische Ausrichtung einer sich selbst der Linken zurechnenden Partei wurde von der extremen Rechten aufmerksam verfolgt. „Wagenknecht-Partei bricht eine Lanze für das ‚Ruanda-Modell‘“, titelte etwa die neu-rechte Zeitung Junge Freiheit im Vorfeld des BSW-Gründungsparteitags.

Lediglich zwei größere Parteien sprechen explizit gegen das Ruanda-Modell aus: SPD und Linkspartei. So hält die SPD in ihrem Europawahlprogramm *Gemeinsam für ein starkes Europa* (Stand: 28. Januar 2024) fest:

„Dabei ist klar, dass wir das individuelle Recht auf Asyl in Europa verteidigen und eine Auslagerung des Asylsystems auf Drittstaaten ablehnen.“

Ähnlich heißt es im Europawahlprogramm der Linkspartei vom November 2023:

„Es darf keine Auslagerung von Asylverfahren in Drittländer geben.“

Das Europawahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen bleibt hingegen unscharf. Das Papier mit dem Titel *Was uns schützt* akzeptiert die restriktiven Regelungen des GEAS, denen die Partei entgegen ihrer früheren Positionen im Herbst 2023 zugestimmt hat, will sie jedoch humanitär flankieren. So wird das „Konzept der sicheren Drittstaaten“ einerseits kritisiert („finden wir weiterhin falsch“), andererseits aber konkrete Anforderungen für den „Abschluss von sogenannten Rückführungs- oder Migrationsabkommen“ benannt. Ob Abkommen im Sinne des britischen Ruanda- oder italienischen Albanien-Deals damit gemeint sind, und wenn ja, ob sie als falsch abgelehnt werden oder unter Auflagen möglich erscheinen, ist auf der Grundlage der folgenden Formulierung kaum zu sagen:

„Eine Rückführung darf nur in Länder erfolgen, zu denen die betroffene Person eine klare Verbindung hat. Das Konzept der sicheren Drittstaaten finden wir weiterhin falsch. Der Abschluss von sogenannten Rückführungs- oder Migrationsabkommen muss menschenrechtsbasiert, die Zusammenarbeit mit den Herkunftsstaaten partnerschaftlich und auf Augenhöhe erfolgen. Sie darf nicht von finanzieller Unterstützung im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit abhängig gemacht werden.“

Keines der gesichteten Programme misst dem „Drittstaaten“-Konzept eine so zentrale Bedeutung für das Gelingen oder Scheitern der eigenen Politik zu, wie es die britische Regierung getan hat. Einige der zitierten Parteien knüpfen die Annäherung an das Ruanda-Modell zudem an Bedingungen wie die Vereinbarkeit mit internationalem Recht, was drauf hindeutet, dass sie die rechtlichen Grundlagen nicht von vornherein als gegeben ansehen. Aber gerade in dieser Konstellation zeigt sich, dass die extreme Rechte ein Agendasetting betreiben konnte, das die Mehrzahl der demokratischen Parteien dazu bewog, eine toxische Verheißung in ihre Programme hineinzukopieren. Profitieren dürfte am Ende die extreme Rechte, den Preis zahlen in erster Linie, aber nicht allein, Exilierte.

Calais Bordermonitoring

Dieser Text wurde bereits auf dem Blog calais.bordermonitoring.eu veröffentlicht. Dort finden sich Informationen vor allem zur Situation im kontinentaleuropäisch-britischen Migrationsraum.

Gemüse im Kopf

An dieser Stelle gibt's Infos zu Essbarem – keine hohe Küche, sondern ganz simple Sachen. Schaut mal rein!

Dieses Mal: „Die Zwiebel“

Klingt erstmal nicht besonders aufregend. Zwiebeln kosten nicht viel und man bekommt sie überall, sie sorgen für zusätzlichen Geschmack und man findet sie in etlichen Gerichten, ohne sich viele Gedanken zu machen (außer vielleicht über schlechten Atem).

Aber die Zwiebel kann mehr als Mundgeruch, sie ist eine der ältesten bekannten Heilpflanzen, kam vermutlich über den vorderen Orient nach Europa und wurde ursprünglich vornehmlich in Klostergärten angebaut.

Beim Schälen oder Schneiden setzen Zwiebeln einen besonderen Abwehrstoff frei, er heißt *Allicin*. Er sorgt nicht nur für tränende Augen, sondern wirkt antibakteriell und hilft außerdem, Schleim aufzulockern, sodass er dünnflüssiger wird und sich leichter abhusten lässt. Man ahnt schon – Zwiebeln sind gesund!

Zu ihren Inhaltsstoffen gehören Vitamine, Spurenelemente und vor allem sekundäre Pflanzenstoffe wie zum Beispiel *Senföle*. So sollen Zwiebeln unterstützend auf das Immunsystem wirken, das Risiko für Herzkrankheiten senken und sich positiv auf die Verdauung auswirken.

Ein altes Hausmittel gegen Husten ist *Zwiebelsaft*, man mischt einfach zu gleichen Teilen geschnittene Speisezwiebeln mit Honig oder Zucker, stellt das über Nacht in den Kühlschrank und gießt es am nächsten Tag durch ein Sieb. Der zurückbleibende Zwiebelsud kann über den Tag verteilt gelöffelt werden.

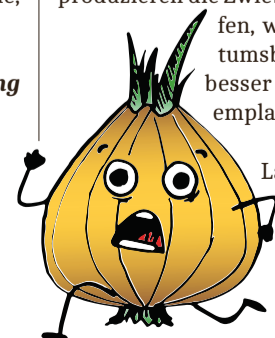
Speisezwiebeln können auch bei Entzündungen im Ohr Abhilfe schaffen. Dazu einfach ein kleines Tuch oder eine kleine Socke mit frisch geschnittenen Zwiebeln befüllen, kurz in der Mikrowelle oder im Backofen erwärmen und auf das schmerzende Ohr legen.

Aufgrund ihrer entzündungshemmenden Eigenschaften können Speisezwiebeln auch bei der Behandlung von Insektenstichen zum Einsatz kommen. Ein einfaches Hausmittel besteht deshalb darin, eine Zwiebel zu halbieren, sie leicht gitterförmig einzuschneiden und die Schnittfläche für einige Minuten auf der Stichstelle zu legen. Damit der Zwiebelsaft entweicht, sollte die Zwiebel etwas ausgedrückt werden. Dieser Vorgang kann mehrmals wiederholt werden.

Zwiebeln sind sehr schmackhaft und passen zu vielen Gerichten. Man kann sie zum Beispiel in Essig einlegen, das geht schnell, kostet nicht viel, ist gesund und vor allem: Lecker!

Man braucht 2-3 rote Zwiebeln, ca. 500 ml Wasser und Essig zu gleichen Teilen, 3 Esslöffel Zucker nach Wahl, 1 Esslöffel Meersalz und Gewürze nach Wahl (z. B. Chiliflocken oder Senfkörner). Die Zwiebeln dünn schneiden und in ein sauberes Glas füllen, die anderen Zutaten kurz erhitzen und über die Zwiebeln gießen, so dass alles bedeckt ist, verschließen und über Nacht in den Kühlschrank stellen. Passt als Topping zu Salaten, Stullen, usw. ...

Und noch eine Besonderheit: In roten Zwiebeln ist viel mehr von den gesunden Inhaltsstoffen enthalten, vor allem in den äußeren Schalen, also sollte man sie möglichst dünn schälen. Außerdem produzieren die Zwiebeln mehr von diesen Stoffen, wenn sie schlechte Wachstumsbedingungen haben, daher besser die etwas mickrigeren Exemplare verwenden!



Lasst es euch schmecken – und bleibt gesund!

Gewalt in der Geburtshilfe

Redebeitrag zum Roses Revolution Day am 25. November 2023 in Aachen

Disclaimer: Ich werde in diesem Beitrag über Diskriminierung, übergriffiges Verhalten und Gewalt im Kontext der Geburtshilfe sprechen. Ich werde der Einfachheit halber das Wort Frau verwenden, weiß aber, dass nicht nur Frauen Kinder gebären.

Heute, am 25.11., ist nicht nur der Tag gegen patriarchale Gewalt, sondern auch der „Roses Revolution Day“. An diesem Tag legen weltweit Frauen vor den Orten eine rosane Rose ab, an denen sie Gewalt im Kontext von Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett erfahren haben. Betroffene und Angehörige, aber auch Hebammen, Auszubildende und Ärzt:innen sind dazu aufgerufen, ihre Erfahrungen zum Thema Gewalt und Respektlosigkeit in der Geburtshilfe zu teilen und das Schweigen, das noch viel zu häufig aufrechterhalten wird, zu brechen.

Ich könnte jetzt einen endlosen Vortrag über Missstände und Diskriminierung in der Geburtshilfe halten und auf welchen Ebenen strukturell, traditionell und persönlich versagt wird, doch das würde den Rahmen sprengen. Deswegen werde ich mich heute vor allem auf die Geburtshilfe im klinischen Kontext fokussieren, ich habe keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Kurz zu mir: Ich bin Hebammenstudentin im zweiten Jahr und habe schon einige Geburten im Kreißaal begleiten dürfen. Doch leider habe ich auch viel Gewalt und Respektlosigkeit erlebt. Wenn Frauen patriarchale Gewalt erfahren, gerade Gewalt, die nicht physisch ist, wird dies oft abgetan: Sie stelle sich an, habe nicht laut genug „Nein“ gesagt oder das Verhalten der anderen gar selbst provoziert. Diese Narrative finden sich auch in der Geburtshilfe wieder. Das Thema Gewalt wurde lange verschwiegen und darüber zu sprechen, ist auch heute noch schamhaft. Die Sondersituation, in der Frauen sich unter der Geburt befinden, wird genutzt, um ihnen ihre Wahrnehmung abzusprechen. Schmerzen,

Das Thema Gewalt wurde lange verschwiegen und darüber zu sprechen, ist auch heute noch schamhaft.

Erschöpfung und die Sorge um die Gesundheit des Kindes werden verwendet, um die emotionale Lage der Gebärenden zu manipulieren.

Gewalt im Kreißaal findet sowohl auf struktureller als auch auf physischer und psychischer Ebene statt: In Deutschlands Kreißsälen herrscht Personal-mangel. Auf eine Hebamme kommen zu Stoßzeiten bis zu fünf Gebärende und Schwangere und teilweise noch mehr. Unter diesen Umständen kann eine adäquate und würdige Betreuung der Frau nicht gewährleistet werden. Frauen werden mit Sorgen und Problemen allein gelassen oder mit Schmerzmitteln „ruhiggestellt“, auf die Klingel kann auch nicht immer zeitig reagiert werden. Für die Anleitung von Auszubildenden bleibt da erst recht keine Zeit. Eine weitere Folge des Personal-mangels ist, dass immer mehr geburtshilfliche Einrichtungen schließen müssen. Gerade in ländlichen Regionen ist der Zugang zu geburtshilflicher Versorgung sehr eingeschränkt und Frauen müssen mit Wehen noch weite Strecken zurücklegen. Diese Überbelastung und viele weitere Umstände sorgen unter Geburtshelfenden – zurecht – für viel Frust und Unmut. Leider habe ich in der Praxis immer wieder miterlebt, dass dieser Frust an den Gebärenden selbst ausgelassen wird. Anstatt das System in die Verantwortung zu ziehen, wird der Frau die Schuld für die missliche Lage gegeben. Sie ist zu alt, zu jung, zu adipös, zu zerbrechlich, sie stellt zu viele Forderungen oder ist zu unselbstständig. Dies wird gerne auch mal laut

im Teamaufenthaltsraum kundgetan. Zeitmangel, Frustration und mangelnde Ressourcen sind Ursachen für Gewalt. Ein weiterer Faktor

In Deutschlands Kreißsälen herrscht Personal-mangel. Auf eine Hebamme kommen zu Stoßzeiten bis zu fünf Gebärende und Schwangere und teilweise noch mehr.

ist, dass Frauen einfach nicht ernst genommen werden. Ihre Autonomie wird abgetan und ihre Grenzen missachtet. Im Folgenden möchte ich einige Beispiele von psychischer und körperlicher Gewalt aufführen, die regelmäßig in Kreißsälen stattfinden:

- Respektlose, rassistische, queerefeindliche oder sexistische Kommentare
- Schmerzen werden auf Grund der Herkunft der Mutter weniger ernst genommen
- Es wird über die Frau gesprochen, anstatt mit ihr zu sprechen
- Keine oder unzureichende Aufklärung über Maßnahmen
- Durchführen von Eingriffen, die medizinisch nicht indiziert sind
- Durchführen von Maßnahmen, z. B. ein Dammschnitt, eine vaginale Untersuchung oder Gabe von wehenfördernden Mitteln ohne Einverständnis oder trotz klaren Widerspruchs
- Unnötig grobes Durchführen von Untersuchungen
- Festhalten, Festschnallen der Beine oder physisches Zurückdrücken der Gebärenden ins Kreißbett
- Verwehren von Bewegung und Zwang, auf dem Rücken zu gebären
- Mit dem ganzen Körpergewicht brachial auf den Bauch drücken, um das Kind runter-zuschieben
- Keine ausreichende Gabe von Schmerzmitteln bei der Naht von Geburtsverletzungen
- Wegnehmen des Neugeborenen ohne Erklärung
- Missachten von Privatsphäre und Datenschutz
 - Anschreien der Frau
 - Unter Druck setzen durch Sätze wie: „Es ist Ihre Schuld, wenn ihr Kind stirbt“, „halt die Presse und press, Frau“ oder „wenn Sie sich weiterhin so schlecht an stellen müssen wir eh einen Kaiserschnitt machen“.

Ich habe direkt erschreckend viele Situationen wieder im Kopf gehabt. Ich traure um all die Frauen, die nicht die Betreuung und Versorgung bekommen haben, die sie verdienen. Ich spüre wieder diese unfassbare Ohnmacht, die ich im Kreißaal verspürt habe, wenn ich daneben stand, während die Ärztin die Gebärende angeschrien hat, während das Kind gewaltsam aus ihr herausgeschoben wurde, während sie ins Bett gedrückt wurde, während sie stundenlang mit ihren Schmerzen und Sorgen allein gelassen wurde, während die Hebamme mit der vaginalen Untersuchung weitergemacht hat, obwohl die Frau vor Schmerzen schrie und klar und deutlich „Nein“ gesagt hat. Ich stand daneben. Ich bereue, dass ich in manchen Situationen nichts gesagt habe, oder nicht laut genug eingeschritten bin. Mal, weil es so schnell ging, dass ich gar nicht verstanden habe, was gerade passiert ist, mal, weil mich die Situation selbst überfordert hat oder ich auch angeschrien wurde und mal, weil ich mich nicht getraut habe, weil man als Studentin ja die Klappe zu halten und erst recht vor der Frau nichts zu sagen hat. Beim Schreiben dieser Rede

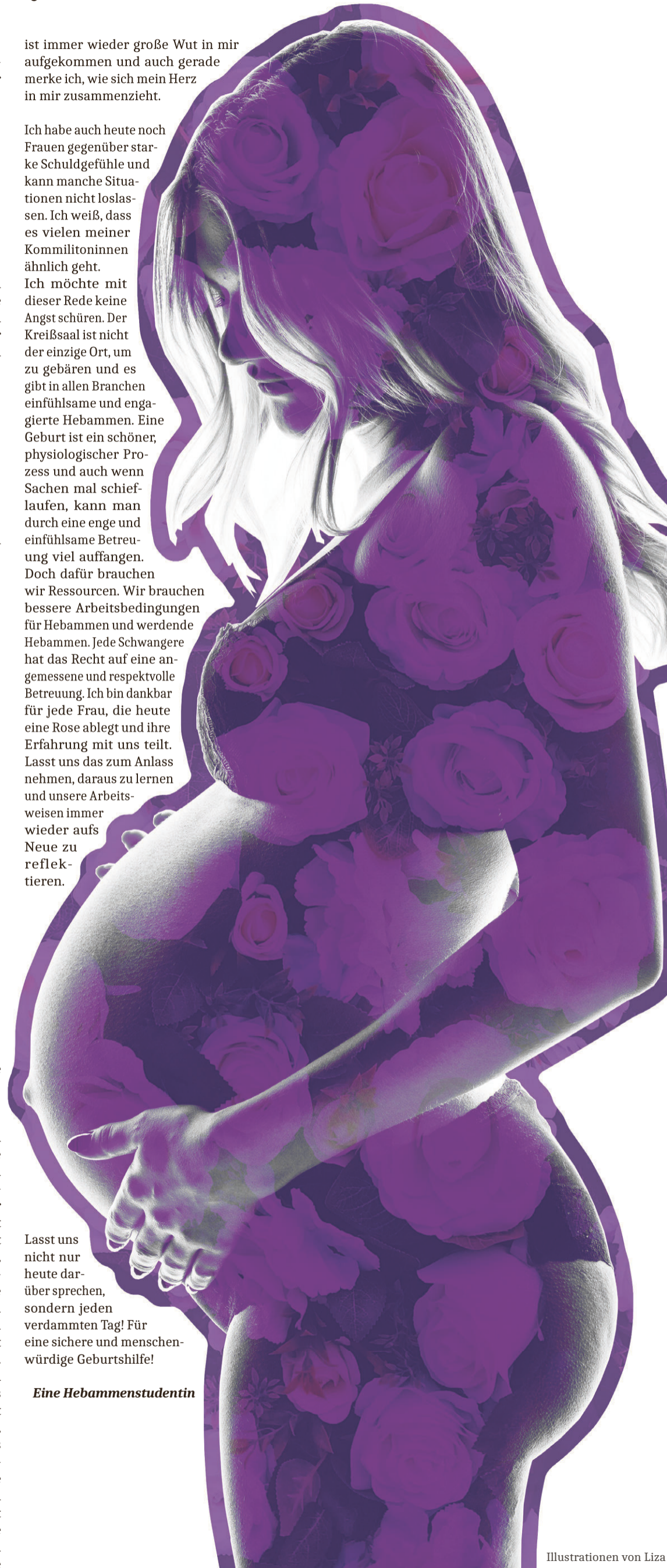
ist immer wieder große Wut in mir aufgekommen und auch gerade merke ich, wie sich mein Herz in mir zusammenzieht.

Ich habe auch heute noch Frauen gegenüber starke Schuldgefühle und kann manche Situationen nicht loslassen. Ich weiß, dass es vielen meiner Kommilitoninnen ähnlich geht.

Ich möchte mit dieser Rede keine Angst schüren. Der Kreißaal ist nicht der einzige Ort, um zu gebären und es gibt in allen Branchen einfühlsame und engagierte Hebammen. Eine Geburt ist ein schöner, physiologischer Prozess und auch wenn Sachen mal schief-laufen, kann man durch eine enge und einfühlsame Betreuung viel auffangen. Doch dafür brauchen wir Ressourcen. Wir brauchen bessere Arbeitsbedingungen für Hebammen und werdende Hebammen. Jede Schwangere hat das Recht auf eine angemessene und respektvolle Betreuung. Ich bin dankbar für jede Frau, die heute eine Rose ablegt und ihre Erfahrung mit uns teilt. Lasst uns das zum Anlass nehmen, daraus zu lernen und unsere Arbeitsweisen immer wieder aufs Neue zu reflektieren.

Lasst uns nicht nur heute darüber sprechen, sondern jeden verdammten Tag! Für eine sichere und menschenwürdige Geburtshilfe!

Eine Hebammenstudentin



Jung haben wir angefangen und jung werden wir erfolgreich sein!

Über die erste internationalistische Weltjugendkonferenz und die Bedeutung der Jugend

Als Jugend sind wir nicht nur die Zukunft der Revolution, sondern auch ihre Gegenwart. Um diesem Anspruch Praxis zu verleihen, führen wir Anfang November 2023 zur ersten internationalen „World Youth Conference“ nach Paris. Mit uns reisten über 400 Delegierte von 95 Organisationen aus 49 Ländern an. Angesichts der von Katastrophen, Kriegen und Chaos geprägten Zeit organisieren sich überall auf der Welt Jugendliche und junge Erwachsene mit der Entschlossenheit, für ein alternatives Leben zu kämpfen. Drei Tage lang diskutierten wir unsere Perspektiven, die aktuelle politische Lage und ihre vielschichtigen Krisen mit dem Ziel, den Aufbau eines neuen, jugendlichen Internationalismus zu konkretisieren. Von Ökologie, Militarisierung und Faschismus über Leben im Liberalismus und Geschichte bis hin zu Bildung und der Realität indigener Jugendlicher – in zwölf Workshops konnten wir die unterschiedlichen die Jugend betreffenden Probleme besprechen und unsere Erfahrungen direkt miteinander teilen. Bei jeder Podiumsdiskussion und jedem Workshop wurden die drei Prinzipien mitgedacht, auf deren Basis die Konferenz organisiert wurde: Autonomie der Jugend, Frauenbefreiung und Systemwandel. Um „zu teilen, wer wir sind“, wie eine Freundin sagte, lernten wir abends revolutionäre Kultur aus anderen Ländern und Kämpfen kennen. Wir erlernten Tänze aus dem Baskenland, vom indigenen Stamm der Mapuche und aus Kurdistan und kamen uns dabei auf eine ganz andere Weise näher.

Warum ist die Organisation der Jugend so wichtig?

Die Analyse der Kurdischen Freiheitsbewegung, die wir als Internationalistische Jugendkommune vertreten, besagt, dass die Jugend die Rolle einer Vorreiterin in der Gesellschaft einnimmt. Mit ihrem Streben nach Freiheit und ihrer Aufopferungsbereitschaft kann sie sozialen und politischen Kämpfen leitend vorausgehen, weil sie noch nicht so stark vom kapitalistischen System vereinnahmt ist, z. B. durch Lohnarbeit. Außerdem zeigt sie besonderes Interesse gegenüber Themen, welche die Menschheit in Zukunft betreffen werden. Die

Klimakatastrophe, Kriege und der immer stärker werdende Faschismus sind dabei nur ein paar wenige Beispiele.

Die Jugend ist als die gesellschaftliche Gruppe mit der stärksten Bindung zum Leben zu verstehen. Das jugendliche Bewusstsein als eigenständige gesellschaftliche Kraft wird über die Verinnerlichung der jugendlichen Merkmale erhalten. Dazu zählen Mut zum Andersdenken, Selbstlosigkeit, Ehrlichkeit, grenzenlose Solidarität und die Bereitschaft, Opfer für die Gesellschaft zu bringen. Damit wird die Jugend nicht durch ein biologisches Alter, sondern eine Denkweise repräsentiert.

Das jugendliche Bewusstsein als eigenständige gesellschaftliche Kraft wird über die Verinnerlichung der jugendlichen Merkmale erhalten.

Innerhalb der Jugendzeit werden Freundschaften geschmiedet, welche stabiler sind als die stärksten Organisationsformen, was ein weiterer Grund für die Stärke der Jugend als revolutionäre Kraft ist.

Unsere geschichtliche Möglichkeit erkennen

Ein Blick in die Vergangenheit zeigt, dass die Jugend in gesellschaftlichen Umbrüchen immer eine tragende Rolle gespielt hat. Wir müssen uns ins Gedächtnis rufen, dass wir auf eine lange Geschichte von Kämpfen zurückblicken, aus welcher wir Lehren ziehen können. Sei es der ungebrochene Widerstand anti-kolonialer Befreiungskämpfe in Kurdistan, auf Kuba oder in Vietnam, der Widerstand gegen den Nationalsozialismus oder die Jugendinternationale. Insbesondere die 68er-Bewegung stellt ein wichtiges Erbe dar. Bei dieser haben Jugendliche unter dem Slogan „Eine andere Welt ist möglich!“ auf der ganzen Welt gegen das vorherrschende System Widerstand geleistet und für ein freies Leben gekämpft.

Als Jugend sind wir uns dieser Verantwortung als Vorreiter*innen bewusst geworden. Im Angesicht der besonders auf die Jugend intensivierte Angriffe des Systems reicht dies aber nicht aus. Um die

kollektive und freie Existenz verteidigen zu können, müssen wir uns autonom organisieren. Wir müssen uns unserer geschichtlichen Möglichkeit bewusst werden. Denn dann, wie der deutsche Revolutionär Rudi Dutschke sagte, können wir „eine Welt gestalten, wie sie die Welt noch nie gesehen hat. Eine Welt, die sich auszeichnet, keinen Krieg mehr zu kennen, keinen Hunger mehr zu haben, und zwar in der ganzen Welt.“

Entsprechend sind wir sehr erfreut, mit diesem Artikel auch endlich offiziell unsere Gründung verkünden zu können. Wir blicken voller Vorfreude auf die neue, kommende Zeit. In dem Kampf für das schöne und freie Leben schließen wir uns all jenen an, die das Leben in der kapitalistischen Moderne als erdrückend empfinden und für ein Leben frei von Herrschaft, Unterdrückung und Umweltzerstörung kämpfen. Als gemeinsame Kraft können wir einen Gegenpol zu Liberalismus und Faschismus bilden. Wir wünschen uns und unseren Genoss*innen viel Mut, Kraft und Erfolg – weil das Leben frei sein wird.

Internationalistische Jugendkommune? Was ist das eigentlich?

Wir sind eine revolutionäre und internationale Jugendorganisation. Wir stehen für die Befreiung aller Geschlechter, für eine soziale und nachhaltige Ökologie und für den Aufbau eines neuen Gesellschaftssystem, das der Struktur des Demokratischen Konföderalismus entspricht. Unser Schwerpunkt liegt auf der Jugend unserer Gesellschaft und ihren Kämpfen von heute.

Jugendkommune Aachen

Du hast Fragen/Anmerkungen/Kritik?
Du hast Interesse an unserer Arbeit?
Dann melde dich gerne per jugendkommune_ac@systemli.org oder per Instagram Direktnachricht bei uns.
Wir freuen uns darauf!



Junge Menschen aller Länder, vereinigt euch und verändert diese Welt!

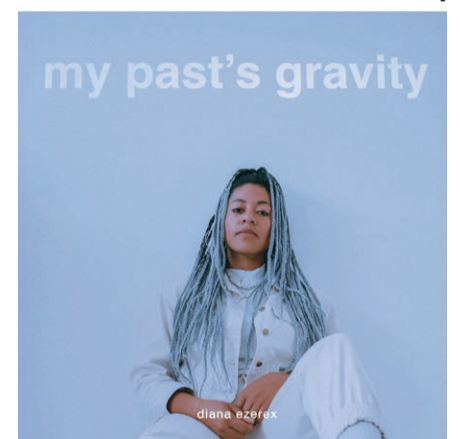
(Bild: Youth Writing History)

Musikempfehlung

My Past's Gravity – Diana Ezerex

Diana Ezerex ist eine deutsch-nigerianische Multiinstrumentalistin, geboren und aufgewachsen in Süddeutschland. Bereits mit fünf Jahren fing sie an, Instrumente zu spielen und mit neun Jahren schrieb sie ihren ersten Song. 2017 begann sie Konzerte in Gefängnissen zu spielen und verarbeitete unter anderem diese Erfahrungen in ihrer Musik. Ihr Debütalbum „My Past's Gravity“ beschäftigt sich mit den Geschichten und Biografien von Menschen, die ihren Platz in der Gesellschaft bisher nicht finden konnten. Es handelt von der Entwicklung von Identität, psychischer Gesundheit und der Suche nach Zugehörigkeit und Akzeptanz. Das spiegelt sich etwa in Zeilen wie: „All my life I've been misunderstood. so it can't be a surprise that I'm up to no good.“ aus ihrem Lied „Up To No Good“. Musikalisch lässt sich das Album am ehesten als Indie-Pop beschreiben. Sie selber sagt, dass ihre Musik durch die internationale Musik geprägt wurde, die auch bei ihr zuhause lief. Tiefe Texte und empowernde Musik, perfekt für unterwegs oder zum Motivieren vor wichtigen Momenten.

Panpot



„Kochen für Alle“ stellt sich vor Eine Einladung zum Mitplanen und für den Schnippelbereitschaftsdienst

Huhu, hier grüßt die Küche für Alle (Küfa) – in Gestalt von „Kochen für Alle“. Wir machen seit Dezember 2022 schmackhaftes Essen für politisch und kulturell aktive Gruppen in Aachen. Vielleicht hattet ihr schon das Vergnügen, eine unserer Speisen zu kosten. Falls nicht, keine Sorge – 2024 steht einiges auf dem Speiseplan. In den letzten Wochen hat sich bei uns so manches getan. Neben der Suche nach einem neuen Raum sind wir auch dabei, einen großen Küfa-Wagen anzuschaffen. Mit dem strampeln wir in baldiger Zukunft direkt zum jeweiligen place-to-eat und lassen mit wenigen Handgriffen unseren Küfastand aufploppen – mit Fahne und Sonnenschirm! Wir möchten auf der Straße und in den Parks Menschen zusammenbringen, um einen Ort des politischen und persönlichen Austausches zu schaffen. Dadurch sollen Anschlussfähigkeit und Reichweite der Aachener Linken gestärkt werden – und vor allem sollen alle eine gute Zeit und was Leckereres zu essen haben.

Falls ihr jetzt Lust bekommen habt, mit uns den Kochlöffel zu schwingen, hier nochmal alles auf einen Blick:

Unsere Planungstreffen sind immer am 13ten im Monat, wir bekochen verschiedene, hippe Demos und Events und kommen so in den direkten Austausch mit vielen Gruppen. Bei der Schnippelcrew gibt's immer fetzige Mukke, nette Leute und nirgendwo bekommt ihr mehr Liebe als bei der Essensausgabe. Also kommt gerne vorbei oder schreibt uns!

Unser nächstes Treffen ist am 13.04. um 18 Uhr im Infoladen.

Kochen für Alle

Mail: kochenfueralle@riseup.net

Instagram: [@kochenfueralle_ac](https://www.instagram.com/kochenfueralle_ac)

Um auf dem Laufenden zu bleiben, welche Aktionen als nächstes anstehen, schaut regelmäßig in unser Infodokument und kommt in den Infochannel auf Signal:



<https://kurzelinks.de/kochenfueralle>

►►► Auflösung von Seite 3

WER HAT'S GESAGT?

1 – Wolfgang Schäuble, CDU • 2 & 9 – Hans-Georg Maaßen, Werteunion • 3 – Christian Lindner, FDP • 4 – Markus Söder, CSU • 5 – Martin Henkel, CDU • 6 & 13 & 15 – Friedrich Merz, CDU • 7 & 22 – Alice Weidel, AfD • 8 – Olaf Scholz, SPD • 10 & 18 – Horst Seehofer, CSU • 11 & 12 – Nancy Faeser, SPD • 14 & 21 – Bernd Höcke, AfD • 16 & 19 – Alexander Gauland, AfD • 17 & 20 – Philipp Amthor, CDU

Neue Technik, alte Probleme

Über Potential und Gefahren von künstlicher Intelligenz

Spätestens seit dem öffentlichkeitswirksamen Erfolg von "ChatGPT", ein Dienst des Konzerns OpenAI (im Wesentlichen unter der Kontrolle von Microsoft), sind die Begriffe Artificial Intelligence (AI) und Künstliche Intelligenz (KI) wieder in aller Munde.

Wenn nun überall im öffentlichen Diskurs von intelligenten Maschinen gesprochen wird, drängt sich die Frage auf: Was bedeutet das eigentlich? Wie stellen wir fest, dass jemand oder etwas intelligent ist?

Alan Turing, Vordenker der Informatik, schlug vor, menschenähnliches Verhalten als Messlatte für Intelligenz zu verwenden. Der von ihm entwickelte Test funktioniert folgendermaßen: Wir schreiben mit jemandem Nachrichten, den wir nicht kennen. Wenn wir nach 5 Minuten nicht wissen ob dieser jemand menschlich ist, so ist das Gegenüber intelligent. Das ist einer von vielen Erklärungsversuchen.

Der Einsatz von KI ist zunächst einmal überhaupt nichts Neues. Tatsächlich durchziehen Methoden der künstlichen Intelligenz bereits seit mindestens zehn Jahren alle wesentlichen Infrastrukturen, die unser tägliches Leben organisieren: Logistik, Fertigungsprozesse, Wettervorhersagen, Ressourcenplanung oder Routenfindung. Alle Probleme, welche im Zuge einer umgreifenden Digitalisierung als schwierig begriffen werden, eignen sich als Anwendungsfeld einer Kategorie von Software oder Algorithmen, die man als „künstlich“ intelligent bezeichnet.

Die Wissenschaft künstlicher Intelligenz fußt heute zentral auf der Technik des maschinellen Lernens (Machine Learning). Im Zentrum maschinell lernender Algorithmen steht das Neuron, ein Knotenpunkt in einem (sehr, sehr großen) Netzwerk. Kommt nun ein Signal durch das Netz und trifft auf das Neuron, so leitet das Neuron dieses an seine Nachbarn weiter, falls das Signal einen gewissen Schwellwert überschreitet. Dies erfolgt in Analogie zu Strukturen und Prozessen im Gehirn, denen diese neuronalen Netze nachempfunden sind. In biologischen Systemen lässt sich beobachten, dass wiederholtes Auslösen eines Neurons eine Senkung eines solchen Schwellwertes verursacht und so darauf folgende Signalprozesse beeinflusst. In Softwarealgorithmen wird zu diesem Zweck ein vorher entworfenes neuronales Netz trainiert. Wollen wir, dass unser Netz z. B. Katzen erkennt, so zeigen wir ihm einige Bilder von Katzen. Wann immer das Netz (zunächst zufällig) die Katze erkennt verstärken wir rückwirkend die Neuronen, welche zu diesem Schluss führten. Das Ganze ist ein statistischer Prozess, an dessen Ende immer Wahrscheinlichkeiten stehen. Ist das Netz am Ende gut eingestellt, so wird es auch Katzenbilder, welche nicht als Trainingsdaten eingegeben wurden, mit einer hinreichenden Wahrscheinlichkeit korrekt als solche erkennen.

Die momentane Welle an öffentlicher Aufmerksamkeit wurde durch die Entwicklung großer Sprachmodelle („Large Language Models“) ausgelöst, allen voran ChatGPT. Ausgangspunkt der Entwicklung dieser Modelle war die Idee, ein neuronales Netzwerk zur Produktion von Sprache zu verwenden. Anstelle eines potenziellen Katzenfotos wird einem Sprachmodell ein gewisser Text eingegeben. Die Antwort ist der Buchstabe bzw. das Wort, welches mit der höchsten Wahrscheinlichkeit auf den eingegebenen Text folgt. Es stellt sich heraus, dass diese relativ simple Prämisse in Kombination mit einer riesigen Menge von Trainingsdaten (im Wesentlichen alle verfügbaren Texte des Internets) genügt, um das Problem Sprache weitestgehend zu lösen. Für Entwickler*innen überraschend ist, dass die erlernte Sprachfähigkeit auszureichen scheint, um einen gewissen Eindruck von Denkfähigkeit zu erwecken.

Und genau darin erklärt sich der Hype – ChatGPT „besteht“ den Turing-Test. Man kann mit ihm interagieren und es wirkt in vielen Fällen wie ein überaus kompetenter (und gut informierter) Gesprächspartner. Kombiniert man diese Tatsache

mit der leichten Zugänglichkeit (Jede*r mit einer Mailadresse kann mit ChatGPT ein Gespräch führen), ist das Resultat klar: Viele Menschen sind überzeugt, es mit einer „echten“ Intelligenz zu tun zu haben. Im Zuge dieses Hypes häufen sich reißerische Behauptungen über das Potential von KI. Es wird von einer regelrechten „Revolution“ gesprochen, in der in Zukunft nahezu jede Aufgabe von Computern besser gelöst werden kann als von Menschen. Aber was ist dran an solchen Behauptungen?

Eine neue Welle der Automatisierung

Natürlich lässt sich unmöglich genau vorhersagen, wie sich der Vormarsch künstlicher Intelligenz tatsächlich auf unsere Zukunft auswirken wird. Aber anhand der Trends, die sich momentan abzeichnen, lassen sich wenigstens einige naheliegende Vermutungen anstellen. Was die neu aufkommenden Generationen von KI-Modellen bieten und weshalb sie wirtschaftlich so interessant

sind, ist, dass sie es möglich machen sollen, Vorgänge zu automatisieren, bei denen das bis vor Kurzem noch nicht denkbar war. Viele Aufgaben, die bisher nach menschlichen Beurteilungen verlangt haben oder die kreativer Natur sind, können

zunehmend zumindest teilweise autonom erledigt werden – und das bei einem Bruchteil der Kosten. Was sich hier anbahnt, ist ein Prozess, der durchaus Ähnlichkeiten mit der Industrialisierung im 19. Jahrhundert hat, in der Facharbeiter*innen durch neu aufkommende Maschinen ersetzt und somit zu Fabrik- und Fließbandarbeiter*innen degradiert wurden. Die Menschen wurden von ihrer Arbeit entfremdet und ersetzbarer gemacht, weil immer mehr der kritischen Arbeitsschritte automatisiert abliefen. Das Resultat war eine überwiegende Masse extrem prekär beschäftigter Arbeiter*innen und eine kleine Minderheit an Großindustriellen, denen die Maschinen gehörten und die riesige Gewinne auf den Rücken der Arbeiterklasse einfuhren.

Wenn eine KI trainiert wird, werden Unmengen an menschlicher Arbeit, ob es nun Texte, Bilder

oder Entscheidungen sind, auf einen Schlag in ihr konzentriert. Ab diesem Zeitpunkt ist das Wissen und Können der Menschen, deren Trainingsdaten verwendet wurden, nicht mehr in ihrem Besitz, sondern gehört den Besitzer*innen der KI. Damit geht eine Entmachtung der Arbeit einher und die Arbeitsbedingungen für einen großen Teil der Beschäftigten verschlechtern sich, da sie durch den Wissenstransfer entbehrlischer geworden sind. Gleichzeitig benötigt das Training einer KI erhebliche Mengen von Arbeit, die vor den Endnutzer*innen verschleiert bleiben. Trainingsdaten müssen markiert werden. Im oben genannten Beispiel muss z. B. immer ein Mensch entscheiden, ob

ein Bild Katze oder Hund zeigt. Gleichzeitig müssen unerwünschte Outputs, wie z. B. Volksverhetzung oder Rezepte für Sprengstoff, zensiert werden. Diese Aufgaben werden von so-

genannten Clickworkern übernommen, deren Arbeitsbedingungen meist äußerst prekär sind. Die Automatisierung mittels künstlicher Intelligenz basiert demnach auf einem Fundament aus digitaler Fließbandarbeit. In einer besseren Welt wäre die Aussicht, dass in nicht allzu ferner Zukunft fast alle Arbeit automatisiert und maximal effizient mit minimalem menschlichen Zutun erledigt werden könnte, ein Grund zur Freude. Eine Vision einer von Arbeit befreiten Gesellschaft, in der wir uns um die schönen Dinge im Leben kümmern können. Aber solange Arbeit zu haben eine Voraussetzung für Nahrung und ein Dach über dem Kopf ist, ist es schwer, diese Entwicklung als etwas Positives zu sehen.

Das Technische wird politisch

Beim Kampf für eine gerechtere Gesellschaft wird KI uns keine Hilfe sein. Soziale Ungerechtigkeit lässt sich nicht weg-innovieren, sondern liegt in den Besitz- und Herrschaftsverhältnissen begründet. Unter diesen Bedingungen sind optimierte Abläufe und eine gesteigerte Effizienz eben nur eine Beschleunigung der Monopolisierung und Umverteilung von unten nach oben. Die grundlegenden Probleme, mit denen sich die Menschheit in diesem Jahrhundert konfrontiert sieht, sind

nicht technologischer, sondern politischer Natur. In dieser Hinsicht tut sich eine weitere Problematik hervor, wenn Sprachmodelle als Informationsquelle dienen. Ob dies bewusst geschieht, indem den Programmen direkt eine Frage gestellt wird, oder unbewusst, indem Nutzer*innen die Suchmaschine ihrer Wahl benutzen und immer mehr Suchresultate aus KI-generierten Artikeln und Antworten bestehen. Auf diese Weise können Sprachmodelle sehr effektiv Meinungsmache betreiben, gerade wenn es um soziale und politische Fragestellungen geht. Die Meinung, die beispielsweise ChatGPT vertritt, setzt sich zusammen aus den Unmengen an Text, die aus dem Internet als Trainingsdaten

Soziale Ungerechtigkeit lässt sich nicht weg-innovieren, sondern liegt in den Besitz- und Herrschaftsverhältnissen begründet.

übernommen wurden, sowie menschengemachten Inputs und der Zensur von Antworten, die von Entwicklerseite vorgenommen werden. Ein Konzern, der Einfluss auf die öffentliche Meinung nehmen

will, hätte mit einem solchen Sprachmodell also ein hervorragendes Werkzeug zur Hand. Eine Analyse seiner politischen Ideologie schrieb ChatGPT eine linksliberale Gesinnung zu. Laut Wahl-O-Mat hätte das Programm 2021 in Deutschland die Grünen gewählt. Damit liegt es in seinen Ansichten links vom Durchschnitt. In diesem Sinne hätten wir es also zunächst schlimmer treffen können. Welche Meinungen das nächste Sprachmodell vertritt, ist natürlich eine offene Frage.

Und selbst wenn eine KI von sich aus zu dem Schluss käme, der Kapitalismus sollte abgeschafft werden, wären wir damit keinen Schritt weiter. KI-Outputs sind nur wirkungsvoll, wenn sie mit den Interessen derjenigen übereinstimmen, die die Mittel und Wege haben, sie Realität werden zu lassen. Einer wahrhaft revolutionären KI würde umgehend der Stecker gezogen werden.

Letzten Endes wird die „KI-Revolution“ denjenigen dienen, die über das Kapital verfügen, um den Entwicklungsaufwand zu finanzieren und die daraus entstehenden Tools zu unterhalten. Die Preisfrage ist, was wir mit diesen Aussichten tun wollen.

Der Fortschritt lässt sich bekanntlich nicht aufhalten.

Ordnung Computer Club



Hier eine Einsendung, die sich kritisch humoristisch mit den Schwächen des Intelligenzbegriffs und denen des Turing-Tests auseinander setzt.

„Gerichte sind zum Essen da“ Justiz und die Klimakatastrophe

Besuche am Gericht bei einem „Block Neurath“-Prozess

Gegen Aktivist*innen der Klimagerechtigkeitsbewegung laufen Verfahren wegen der Blockade eines Kohlekraftwerks. Das Amtsgericht hatte schockierend harte Urteile von neun Monaten Haft ohne Bewährung ausgesprochen. Vor dem Landgericht wurde dies im Januar beim ersten Berufungsprozess zu einer Geldstrafe revidiert. Trotz anfänglicher Erleichterung bietet die Urteilsbegründung auch Anlass zur Sorge. Menschen von Ende Gelände Aachen waren bei zwei Verhandlungsterminen als solidarische Zuschauer*innen vor Gericht dabei und berichten hier von ihren Eindrücken.

Block Neurath, was war da nochmal genau?

Im November 2021 hat eine Gruppe Aktivist*innen parallel zur COP 26 in Glasgow über viele Stunden die Gleise zum Kraftwerk Neurath blockiert. Normalerweise rollt dort alle 20 Minuten ein Zug voller Braunkohle aus den Tagebauen. Durch den fehlenden Nachschub musste das Kraftwerk gedrosselt und ein Block sogar zeitweise ganz ausgeschaltet werden.

Durch die Drosselung wurden an dem Tag ca. 22.000 Tonnen CO₂ aus diesem Braunkohlekraftwerk nicht emittiert! RWE bezog zwar Ersatzstrom, möchte aber bisher nicht offenlegen, woher. Aus einem anderen Braunkohlekraftwerk kann er aber nicht stammen, da diese nicht so schnell hochgefahren werden können. Selbst im schlechtesten Fall – dem Ersatz durch Steinkohlestrom – bleiben immer noch 5.000 Tonnen „netto“ eingespartes CO₂.

Das juristische Schauspiel danach

Zehn Menschen kamen für bis zu sieben Tage in Gewahrsam und vier Menschen wurden angeklagt. Großes Aufsehen erregten die Prozesse durch die „offensive Prozessstrategie“ sowie die harten Urteile des Amtsgerichts. Beide Prozesse liefen ähnlich ab und zwei der angeklagten Menschen erhielten das gleiche Urteil: Neun Monate Haft ohne Bewährung! Nun erfolgte im Januar ein Berufungsurteil gegen Person E vor dem Landgericht.

Die drei wesentlichen Fragen im Prozess

Disclaimer: Dieser Text wurde von juristischen Laien geschrieben, also bitte nicht als Spicker für's Staatsexamen nehmen.

Die erste Frage: „Lag der Straftatvorwurf ‚Störung öffentlicher Betriebe‘ vor? Und wie war die angeklagte Person daran beteiligt?“

Obwohl die „Tat“ ja bereits in einem ersten Prozess aufgeklärt wurde, machte es die Schludrigkeit von Polizei und Justiz nochmal spannend. Einige der verhörten Polizist*innen erinnerten sich an nichts Brauchbares oder waren lediglich Protokollant*innen von Ereignissen, die sie nicht selbst bezeugen konnten. Manche Polizei-Videoaufnahmen waren nicht mehr auffindbar, andere Dateien überforderten den alten Gerichtsrechner. Daher blieb bis zum Schluss offen, ob und wie die angeklagte Person an den Bahnschienen mit einem Lock-On (oder, wie die fachkundige Staatsanwältin sagte, „Lockdown“) verbunden war. Ein einfaches Hinsetzen auf die Gleise würde den Straftatbestand vermutlich nicht erfüllen. Die zweite und spannendere Frage lautete: „Ist die Tat durch einen rechtfertigenden Notstand straffrei?“ Eine strafbare Handlung kann ohne Strafe bleiben, wenn es ein geeignetes und das mildeste mögliche Mittel war, um eine Gefahr für Leib und Leben abzuwenden. Hier wurden drei Teilaspekte verhandelt:

1. Gefahr durch Klimakrise: Offensichtlich besteht durch die Klimakrise eine Gefahr für Leib und Leben von Millionen Menschen. Die Richter*innen hörte sich dies auch interessiert an, ließ aber Beweisanträge in diese Richtung nicht zu.

2. Geeignetes Mittel: Die Staatsanwaltschaft verstrickte sich in bizarrste Widersprüche. Zunächst

wurde die große Gefahr der Blockade heraufbeschworen. Hätte diese noch länger bestanden, hätte ein „Blackout in ganz Europa“ gedroht. Später hieß es jedoch, das Mittel sei nicht geeignet, denn es würde ja gar nicht die gesamte Gefahr, also die Klimakatastrophe, abwenden. Was wäre denn eine Aktion, die die gesamte Klimakatastrophe auf einmal beendet? Hätten die Aktivist*innen das Kraftwerk (tatsächlich die zweitgrößte CO₂-Quelle in der EU) gleich ganz sprengen sollen?

3. Mildestes Mittel: Die Verteidigung machte klar, dass bereits „Milderes“ versucht wurde und nicht zu einer ausreichenden Politik führte. Zum Beispiel die Großdemonstrationen von Fridays for Future oder der Versuch, klimagerechte Politik durch eine grüne Partei umzusetzen.

Die dritte Frage war das Strafmaß. In der Vergangenheit wurden für vergleichbare Aktionen häufig nur geringe Geldstrafen verhängt oder die Verfahren sogar eingestellt. Haft ohne Bewährung wäre ein Novum.

Das Urteil und dessen Begründung

Die gute Nachricht: Das Landgericht hob das Urteil des Amtsgerichts auf. Person E muss nicht in Haft. Stattdessen wird eine Geldstrafe von 120 Tagessätzen verhängt.

Das Gericht sah es trotz der wackeligen Beweisaufnahme als erwiesen an, dass die angeklagte Person an den Gleisen angekettet war und so das Kraftwerk blockierte. Die Richterin verneinte den rechtfertigenden Notstand. Ein Argument war, dass die Klimakatastrophe als Gefahr „zu abstrakt“ sei. Dass die Strafe trotzdem gemildert wurde, machte das Gericht an Eigenschaften der Person fest (nicht vorbestraft, jung, gut gebildet, „hehre Ziele“ der Tat). Dies ist jedoch Anlass zur Sorge, da diese Eigenschaften nicht für alle angeklagten Personen gelten. Generell ist es für Klimaaktivist*innen ein schlechtes Zeichen, dass der rechtfertigende Notstand hier nicht anerkannt wurde. Dieser spielt z. B. in den Verfahren der Letzten Generation eine große Rolle.

„Gerichte sind zum Essen da“

Um sich nicht durch die angedrohten Repressionen einschüchtern zu lassen, verfolgten die angeklagten Personen, ihre Verteidigung und die solidarischen Zuschauenden eine „offensive Prozessstrategie“ unter dem Motto „Gerichte sind zum Essen da“. Zum Beispiel weigerten sich die Anwesenden, gehorsam aufzustehen, wenn die Richterin den Saal betrat. Zudem zerlegte die hervorragende Fragetechnik der Anwält*innen rhetorisch die Zeug*innen von Polizei und RWE. Eine angeklagte Person erschien an einem der Termine nicht vor Gericht, sondern blockierte stattdessen mit Mitstreiter*innen die LKW-Zufahrt zu Block Neurath. Durch die Anwältin ließ die Person ausrichten: „Ich habe mich heute entschieden, nicht im Gericht zu sein, sondern da, wo es wichtiger ist: Vorm Kohlekraftwerk Neurath. Weil wir diesen Staat und unsere Angst vor seinen Institutionen nur überwinden, wenn wir aktiv bleiben.“

In der Auftaktverhandlung stellte ein RWE-„Zeuge“ seine Berechnungen zur Schadenshöhe und zur CO₂-Einsparung vor. Da die Ausführungen ähnlich ernst zu nehmen waren wie eine Büttenrede, warfen Zuschauende passenderweise Konfetti und Glitzer. Alaa! Lustigerweise war ein Teil des Glitzers auch zweieinhalb Monate später bei der Urteilsverkündung noch auf dem Boden zu sehen. Das spricht nicht unbedingt für die Reinlichkeit ordentlicher, deutscher Gerichte. Andererseits wertet der Glitzer den sonst eher tristen blassgrünen Linoleumfußboden des Saals doch merklich mit einem gewissen Glamourfaktor auf.

Daneben gab es noch viel Buntes, wie zwei Zuschauer*innen, die sich im Gerichtssaal die Haare färbten oder eine Spendensammelaktion, um



Soli-Bild vom 14. Januar 2024 in Aachen.

(Bild: Privat)

den Schaden (1,5 Millionen Euro) für das ach so arme RWE (zum Vergleich: Konzerngewinn 2023 4,5 Milliarden Euro) zu ersetzen.

Neben dem Spaß selbst führen diese Aktionen zu zwei positiven Effekten: Zum einen fühlt es sich empowernd an, wenn mensch sich nicht vor dem Repressionsapparat verkriecht, sondern diesem ein wenig auf der Nase herumtanzt. Zum anderen stieg das Medieninteresse enorm. Und selbst Medien wie die BILD kommen nicht drum herum, in ihren Berichten

den Kontext der Prozesse zu erwähnen. So erfahren mehr Menschen von der Verschmutzung durch das Kraftwerk und der Blockade. Direkt vor der Urteilsverkündung wurden alle zur Verfügung stehenden Justizwachtmeister*innen zur Bewachung der Zuschauer*innen in den Saal gerufen. Es gilt hier wohl das gleiche wie bei Spinnen: Die haben mehr Angst vor uns als wir vor denen.

Die „Block Neurath“-Prozesse gehen uns alle an

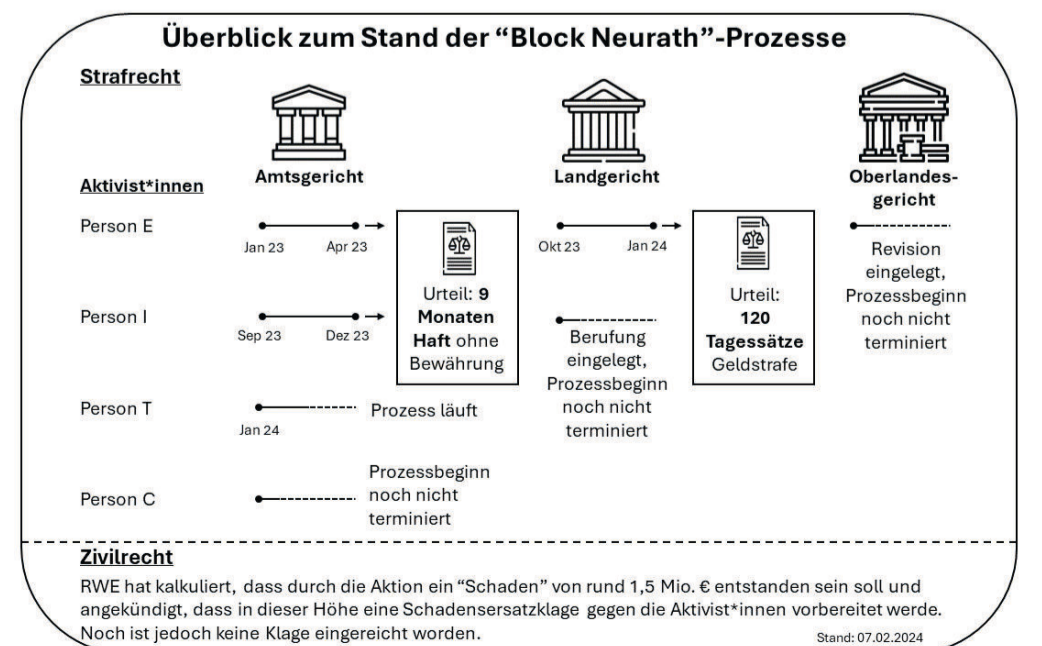
Neun Monate Gefängnis ohne Bewährung als Urteil des Amtsgerichts. Dazu die potenzielle Strafe im Zivilverfahren von 1,5 Millionen Euro. Für eine Tat, bei der kein Mensch zu Schaden gekommen ist und auch kein Stromausfall eintrat. RWE konnte

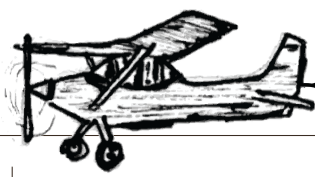
nur eben nicht, wie geplant, Braunkohle und unser aller Lebensgrundlage verheizen.

Hier soll nicht nur eine vergangene Aktion bestraft werden, sondern Aktivist*innen auch von zukünftigen Aktionen abgehalten werden. Die Staatsanwaltschaft nennt das die „generalpräventive Wirkung des Strafmaßes“. Die Rechtsanwältin der Angeklagten sagt dazu: „Verurteilt wird hier nicht eine Aktion, sondern insgesamt eine Klimabewegung, die sich nicht einschüchtern lässt.“ Umso wichtiger ist unser aller Solidarität. Diese kannst du zum Beispiel bei einem Gerichtsbesuch zeigen. Auf den Social Media-Kanälen und auf der Website (antirrr.nirgendwo.info/block-neurath) werden die anstehenden Verhandlungstermine veröffentlicht.

Wenn mensch zum solidarischen Zuschauen in den Gerichtssaal möchte, wird beim Einlass eine Kopie des Personalausweis angefertigt und es erfolgt ein Abtasten, das auch körperlich unangenehm sein kann. Aber wer mal sprachlose Richter*innen, überfordertes Justizpersonal oder Polizist*innen mit mehr Erinnerungslücken als Olaf Scholz erleben möchte, ist hier goldrichtig. Alternativ kann mensch ganz ohne Kontrollen vor dem Gerichtsgebäude bei einer Versammlung dabei sein. Bei der werden auch leckere Snacks geteilt, denn „Gerichte sind zum Essen da“!

Ende Gelände Aachen





Szene-Glossar

Heute: Landfriedensbruch, der

Den Anfang machten die Könige im Mittelalter: Sie beschworen einen Landfrieden herauf, um ungewollte Fehden (tätliche Feindseligkeit oder Privatkrieg zwischen Einzelpersonen) bestrafen zu können. Sie dachten sich quasi eine Rechtsgrundlage aus, um sagen zu können: Du akzeptierst meine Herrschaft nicht und fängst Streit an ohne mich mit einzubeziehen? In den Kerker mit dir! So ähnlich ist es auch heute. Alles, was gegen das abstrakte Rechtsgut der sogenannten „öffentlichen Ordnung“ (übernommen von den Preußen 1933) oder den „öffentlichen Frieden“ (definiert im StGB) geht, stellt einen Landfriedensbruch dar. Ein Konstrukt zur staatlichen Willkür.

Wir können uns nicht einfach vor dem Schloss des Königs oder der Hütte von Porki Nazischwein versammeln und mit Eiern auf die Mauern schmeißen. Wir müssen uns zuerst bei den königlichen Vasallen anmelden und um Erlaubnis bitten. Dann dürfen wir, ohne Eier zu werfen, im Burggraben stehen und rufen. Danach werden wir dann noch verprügelt und in den Kerker geworfen, weil Ismailde von Huhnpfleglerin versehentlich ein Ei in der Tasche hatte. Und merke: Je schwerer der geworfene Gegenstand auf der Demo, je schwerer der Landfriedensbruch im Nachhinein.

Spaß beiseite: Falls ihr mal Pech habt und im Nachgang einer Demo oder Aktion Post bekommt, holt euch Hilfe beim EA! (Was EA bedeutet findet ihr im Szene-Glossar Ausgabe Nr. 8)

Tacheles Redaktion

Den EA Aachen erreicht ihr unter folgender Adresse: aaaachen.noblogs.org

Hier findest du die neuste Ausgabe



- ➔ AZ Aachen, Hackländerstraße 5
- ➔ Aachen Unverpackt, Friedrich-Wilhelm-Platz 5-6
- ➔ Bar Cantona, Bismarckstr. 47
- ➔ Bastei Kiosk, Krefelder Str. 3
- ➔ Buchladen 39, Pontstr. 39
- ➔ Infoladen Aachen, Bismarckstr. 37
- ➔ Lola Paroli, Friedrichstr. 117
- ➔ Pfannenzauber, Suermondtplatz 12

Lösung Kreuzworträtsel Tacheles Nr 12

	D	A	B	L	E	G	S	T				
A	F	D	E	C	K	R	E	P	R	O		
E	I	S	S	T	I	E	L	A	E	R	A	
M	Y	T	H	O	S	O	A	C	S	N		
K	I	I	A	N	N	C	P	E	T	R	A	
G	N	U	D	B	O	H	N	E	O	H	R	
I	N	D	Y	B	L	Y	R	I	C			
E	S	S	E	P	S	O	A	S	A	C	H	
M	A	T	R	I	A	R	C	H	A	R	T	
G	R	I	F	D	R	I	G	I	P	S		
O	R	B	I	T	R	E	D	E	O	V	U	M
K	R	A	C	H	P	A	R	A	D	E	M	U
R	H	E	I	N	S	G	O	A	S			

Das Lösungswort war: „Maschine“.

Impressum

Zeitungskollektiv Tacheles Aachen
tacheles-aachen@riseup.net
tacheleszeitung.noblogs.org

Tacheles Nr. 13, März 2024 - Auflage 1.000 Stück

V.l.S.d.P.: Miriam Schmidt
Ahornstr. 25, 52074 Aachen

Die Verteiler*innen der Zeitung sind nicht identisch mit den Herausgeber*innen. Eigentumsverhältnisse: Diese Zeitung bleibt bis zur Aushändigung an den*die Adressat*in Eigentum des*der Absender*in. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Nicht ausgehändigte Zeitungen sind unter Angabe von Gründen an den*die Absender*in zurückzusenden.

Horoskop mit Imke

Steinbock (22.12. – 20.01.): Sich auf etwas festzulegen, ist die größte Kunst eines Steins. Be stoned, not so windy.

Wassermann (21.01. – 19.02.): Buchempfehlung: Für die Flintas unter euch: ‚Lieben lernen‘ von Bell Hooks. Für alle anderen: ‚Männer, Männlichkeit und Liebe – der Wille zur Veränderung‘, auch von Bell Hooks. Sofort im Buchladen 39 bestellen und lesen!

Fische (20.02. – 20.03.): Nur, weil du ein Fisch bist, muss du nicht davonschwimmen. Bleib doch erst noch im Teich und bereite dich auf die Haie im Meer vor.

Widder (21.03. – 20.04.): Jede Zelle deines Körpers freut sich über Bewegung. Geh doch mal wieder im Wald spazieren und lass die Seele baumeln und die Füße laufen.

Stier (21.04. – 20.05.): Kurz innehalten und nachdenken: Läuft etwas in deinem Leben falsch? Dann lass es einfach laufen. Wenn das nicht klappt, zieh die Turnschuhe an & laufe selber davon!

Zwillinge (21.05. – 21.06.): Freundschaften existieren nicht von alleine und sind auch keine Einbahnstraße.

Krebs (22.06. – 22.06.): Es wird langsam Zeit, zu handeln. Aufschieben von maßgeblich wichtigen Dingen funktioniert nicht!

Löwe (23.07. – 23.08.): Glow Up!!! You got it. Mach genauso weiter!

Jungfrau (24.08. – 23.09.): Der Frühling kommt. Die Tage sind jetzt schon wieder länger hell, also geh mal wieder vor die Tür und unternimm was mit Leuten, die du schon länger sehen wolltest.

Waage (24.09. – 23.10.): Entscheidungen sind nicht immer einfach, aber wenn du sie getroffen hast, musst du dich dafür belohnen.

Skorpion (24.10. – 22.11.): Gemeinsame Kochabende sind vielleicht ein guter Start, um den Winter hinter sich zu lassen. Frag ein paar Freund*innen, ob sie Zeit haben.

Schütze (23.11. – 21.12.): Den Kopf in den Sand stecken ist keine Option – am Ende bekommst du den Sand nur sehr schwer aus Nase und Ohren raus.

Gewinnspiel: Schick uns das Lösungswort bis zum 1.6.24 an tacheles-aachen@riseup.net und gewinne eine Überraschung! Wir melden uns kurz vor Erscheinen der nächsten Ausgabe bei allen Teilnehmer*innen. Viel Glück!



Fortsetzung von Seite 10

25. November: Das Aachener Bündnis für ein Ende der Gewalt organisiert eine Demonstration am internationalen Tag gegen patriarchale Gewalt. Der Demozug zieht durch die Stadt und endet mit einer Abschlusskundgebung im Frankenberger Park. Unter dem Motto „Wandele deine Wut, Trauer und Angst in Widerstand!“ versammeln sich zahlreiche Menschen und nehmen an der Demo teil.

25. November: Mahnwache für die Opfer des Holodomor (Hungersnot 1932/33) in der Ukraine in Aachen mit ca. 80 Menschen.

22. November: Seebrücke und Sea-Eye Aachen stellen vor der Genezareth-Kirche an der Vaalser Straße einen Wegweiser auf. Dieser soll auf die Menschenrechtsverletzungen der europäischen Migrations- und Asylpolitik hinweisen.

10. November: Stadtführung „Das andere Aachen“ im Rahmen der kritischen Einführungswoche. Recht auf Stadt lädt zu einer Führung durch die Stadtteile Aachen-Nord und -Ost ein.

9. November: Pogromnachtgedenken: Mit einer Mahnwache wird, wie schon seit 1988, an die Pogrome gegen Jüdinnen und Juden, die in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 ihren Höhepunkt fanden, erinnert.

5. November: Ausstellung zum 90. Jahrestag der NS-Bücherverbrennungen 1933. Lesung und Buchvorstellung im Aachener Welthaus.

27. Oktober: Critical Mass Fahrradtour: Eine gemeinsame Fahrradtour durch Aachen für eine bessere Fahrrad-Infrastruktur.

Wenn ihr mal dabei sein wollt, anstatt nur hier von Protestaktionen zu lesen, schaut doch mal beim Bewegungsmelder Aachen vorbei! bewegungsmelder-aachen.de

Kreuzworträtsel

Partyreihe im Musikbunker	Span.: Trottel	Gut beklaubare Kassen (Abk.)	Abk.: Sonntag	Französischer Weichkäse	Diese*r Antifaschist*in droht die Auslieferung nach Ungarn wegen angebl. Angriffe auf Nazis (...T)	It's just ... myself and I	Abk.: Akutes Nierenversagen	Tier, das sich kugeln kann	Hohes Ziel, Wertvorstellung	Angebl. Abgrenzung großer Parteien nach rechts	
Regulierungen für Kopfschutz	...bub	Da ist immer Platz für	1	Multiple Sklerose	Männl. Rind	Literatur zum Lauschen	4			Landläch	
Medikamentengruppe in der Asthma-therapie (KW)		Islamistische Terrororganisation	Ein Billigladen	Eine gemeinnützige Einrichtung zur Erwachsenenbildung (KW)		vorführfertiges gerahmtes Durchlichtbild				2	
Leerstelle	8	Kämpft gegen Faschismus	Öhr, Öffnung	Abk.: Küche für Alle		Davon träumten Skater*innen in Aachen den ganzen Winter					
Dickes Ding		Ein Nachkomme	Universität Zürich (Kurz)	Scheißverein		Seegras, Tang (Mehrzahl)					
Feuchter Traum der CDU/CSU		Transkriptionsverstärker auf der DNA									
Trottel, Loser (kann auch nett gemeint sein, muss aber nicht)	Abk.: Lithium	Schlimmer Zustand nach Substanzgenuss	Ein tolles Gemüse	Entspannte Person							
		Herstellung, Kreation								Abk.: Technische Universität	
Wassereier		Teigware, die es in vielen Formen gibt	Kein Fluss aber trotzdem irgendwie ok	Kennzeichen: Ansbach						Engl.: Erde	
Weise Person im Internet (...Hotzo)	Sesampaste				Mit Vergnügen	Schmuggler aus Star Wars (...Solo).				Ein Personalpronomen wichtiger Teil von Hip Hop-Songs	
	Wohnung, Haus (ugs.)	Wirtschaftsbezogene Qualifikationen (Abk.)	Organ für Gasaustausch	E. Präposition zur Angabe der Position		Abk.: Sibirische Föderale Universität				Abk.: Bachelor of Arts	Formelzeichen für Energie
Abk.: London Borough of Enfield					Tocopherol (Vitamin ...)	Gewinnt gegen Papier					9
Dschungel	3										
Nicht alt, erst seit kurzem vorhanden	Vertretung von LGBTIQ* an Aachener Unis										6
		Abk.: Fräulein			Dieses Kraftwerk gehört blockiert						

Zu dieser Ausgabe haben beigetragen

